



208. Sitzung, Dienstag, 13. Dezember 2022, 19:15 Uhr

Vorsitz: *Esther Guyer (Grüne, Zürich)*

Verhandlungsgegenstände

1. **Mitteilungen** 1
2. **Festsetzung Budget für das Rechnungsjahr 2023 und Kenntnisnahme Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan 2023–2026** 2
 Antrag des Regierungsrates vom 31. August 2022, Nachtrag vom 21. September 2022 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 24. November 2022
 Vorlage 5856b (*Fortsetzung der Beratung*)
3. **Verschiedenes** 43
 Ordnungsantrag
 Neu eingereichte Vorstösse

1. Mitteilungen

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Esther Guyer: Wünschen Sie das Wort zur Geschäftsliste? Dies ist nicht der Fall. Wir fahren fort wie vorgesehen.

2. Festsetzung Budget für das Rechnungsjahr 2023 und Kenntnisnahme Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan 2023–2026

Antrag des Regierungsrates vom 31. August 2022, Nachtrag vom 21. September 2022 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 24. November 2022

Vorlage 5856b (*Fortsetzung der Beratung*)

KEF-Erklärung 17

Mehr erneuerbarer Strom im Kanton Zürich

Antrag Nicola Siegrist:

	P23	P24	P25
P26			
W20 Anteil im Kanton erzeugten erneuerbaren Stroms am Gesamtstromverbrauch, in %	18	19	20
21			

Nicola Siegrist (SP, Zürich): Ich habe das Privileg, nach der Znacht-pause beginnen zu dürfen. Schön, sind Sie hier. Ich lege auch meine Interessensbindungen offen: 2050 werde ich erst 54 Jahre alt sein, entsprechend habe ich Interesse an einer intakten Umwelt und einem gesunden Klima.

Die KEF-Erklärung Nummer 18 möchte, dass ein schnellerer Zubau der erneuerbaren Stromproduktion im Kanton Zürich festgeschrieben wird. Der aktuelle Wert im Budget und KEF wurde von der Realität bereits überholt, da dieses Jahr rekordmässig viel Photovoltaik zugebaut wurde. Wie ich bereits an anderer Stelle erwähnt habe: Ja, es ist enttäuschend, es ist geradezu traurig, dass diese Entwicklung erst nach einem Krieg (*Ukraine-Krieg*) auf dem europäischen Kontinent eingesetzt hat. Umso wichtiger nun, dass diese Entwicklung verstetigt wird. Entsprechende Massnahmen haben wir teilweise schon umgesetzt oder Vorstösse bereits eingereicht.

Die vorliegende KEF-Erklärung wurde in der Kommission bereits von einigen Fraktionen unterstützt. Um herauszufinden, wer heute zustimmt, habe ich mich auf den Websites der Parteien schlaugemacht; die Positionen der Parteien haben mich beruhigt. So las ich da von der FDP am 18. November: «Weniger Polemik, mehr Strom». Von der SVP vor fünf Tagen: «Es braucht einen dringenden Ausbau der inländischen Stromproduktion.» Und von der Mitte Ende Sommer: «Wir brauchen Lösungen mit Fokus auf einheimische, erneuerbare Energien.» Ich bin

also zuversichtlich, dass es bei dieser KEF-Erklärung kaum Gegenstimmen geben wird. Ich freue mich darauf und empfehle Ihnen gerne die Unterstützung. Herzlichen Dank.

Alex Gantner (FDP, Maur), Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Ich spreche zu den KEF-Erklärungen Nummer 17 und 18. Hintergrund ist die Inkraftsetzung des teilrevidierten Energiegesetzes per vergangenen September, sprich die Umsetzung beziehungsweise die Wirkung der MuKE14-Vorlage (*Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich; Vorlage 5614*). Ich beantrage Ihnen namens der KEVU zweimal mit 9 zu 6 Stimmen Überweisung der beiden KEF-Erklärungen, also diesen zuzustimmen.

Es geht um zwei neue Indikatoren: Bei der KEF-Erklärung Nummer 17 geht es um den Wirkungsindikator 20, «Anteil im Kanton erzeugten erneuerbaren Stroms am Gesamtstromverbrauch, in Prozenten». Hier ist also im Fokus vor allem der Zubau der Photovoltaik. KEF-Erklärung Nummer 18, das ist der Wirkungsindikator 19, «Anteil erneuerbarer Energie und Abwärme an der Wärmeversorgung, in Prozenten», hier vor allem bezüglich des Gebäudebereichs. Diese beiden Wirkungsindikatoren ersetzen den bisherigen Wirkungsindikator 12, «Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtverbrauch – ohne Mobilität –, in Prozenten.»

Die Streichung des Wirkungsindikators 12 und die beiden neuen Indikatoren sind in der Sache in der KEVU unbestritten. W20 und W19 reflektieren einen Entwicklungspfad des Anteils erneuerbarer Energien beim Elektrizitätsverbrauch beziehungsweise bei der Wärmeversorgung. Sie sollen die konsequente Dekarbonisierung im Kanton widerspiegeln.

Die KEVU-Mehrheit will die beiden Entwicklungspfade ab 2024 beschleunigen, um so der Dekarbonisierung im Kanton Zürich Nachachtung zu schaffen. Langfristig angestrebt wird ein Wert von 100 Prozent bis 2040. Ein steiler Entwicklungspfad sei realistisch und politisch auch dringend nötig.

Die Minderheit ist mit den Pfaden, wie von der Regierung beantragt, einverstanden. Sie will aber auch abwarten, was wirklich die statistisch errechnete Ausgangslage ist und wie die Datenerhebung erfolgt beziehungsweise schrittweise verfeinert werden kann. Ganz einfach wird diese Datenerhebung nicht sein. Schätzungen, Aggregationen und Hochrechnungen werden wohl nötig sein, vor allem auch wegen der zunehmenden Eigenstromproduktion beziehungsweise von privaten

Energie-Zusammenschlüssen, die nicht automatisch in Statistiken erscheinen werden. Besten Dank.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Der Energiestrategiebericht des Regierungsrats zeigt auf, dass bis 2050 57 Prozent des Stroms aus dem Kanton selbst stammen können, wenn wir die vorhandenen wirtschaftlichen nutzbaren Potenziale ausschöpfen. Der Regierungsrat will das Potenzial, welches im Kanton Zürich vorhanden ist, möglichst vollständig nutzen. Bisher hat er aber das Tempo dazu viel zu gemächlich angesetzt. Als Beispiel möchte ich die Immobilienstrategie erwähnen. Darin ist vorgesehen, bis 2030 5 Prozent des Stroms auf den kantonalen Gebäuden zu erzeugen, ein Ziel, das wir schon in diesem Jahr erreicht haben, also acht Jahre früher, als dies der Regierungsrat wollte.

Die Klimakrise kann nur gemeistert werden, wenn wir in allen Bereichen schneller vorwärtskommen. Die lokale erneuerbare Energieproduktion ist dabei ein zentraler Faktor. Der Regierungsrat soll seine Möglichkeiten nutzen und in der Eigentümerstrategie der AXPO (*Schweizer Energiekonzern*) und der EKZ (*Elektrizitätswerke des Kantons Zürich*) daraufhin hinwirken, dass die Potenziale der einheimischen Energien deutlich besser ausgeschöpft werden. Die Klima-Allianz ist bisher mit dem Verhalten der EKZ betreffend erneuerbaren Strom im Kanton Zürich enttäuscht. Die EKZ selbst unternimmt zwar Anstrengungen, sie hängt aber gleichzeitig durch ungenügende Rahmenbedingungen von den Investitionen von Dritten ab. Deshalb unterstützt die Fraktion der Grünen die KEF-Erklärung für mehr erneuerbaren Strom im Kanton Zürich.

Franziska Barmettler (GLP, Zürich): Ich spreche gleich zu den KEF-Erklärungen Nummer 17 und 18.

Die Zürcher Stimmbevölkerung, unsere Regierung und dieser Rat haben in dieser Legislatur einige wichtige Meilensteine gesetzt. Wir haben den Klimaschutz in der Verfassung verankert, das Klimaziel netto null bis 2040 festgelegt, das Energiegesetz angepasst und Vorstösse zur Steigerung der lokalen Produktion von erneuerbaren Energien auf die Agenda gesetzt. Die in den beiden KEF-Erklärungen dargestellte Entwicklung beim Anteil erneuerbaren Stroms und Wärme ist eine logische Folge dieser Beschlüsse. Sie stellen sicher, dass wir auf Kurs bleiben, sind also eine Art Reality-Check, um zu prüfen, ob wir auch wirklich wirkungsvolle Massnahmen beschlossen haben. Und sie sind notwendig, wenn wir netto null bis 2040 auch wirklich erreichen wollen. Und

das wollen wir. Vor diesem Hintergrund ist die dargestellte Entwicklung sogar eher etwas bescheiden; für die Jahre nach 2026 wird es dann noch mehr brauchen. Wir unterstützen beide KEF-Erklärungen.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Dass die Alternative Liste diese KEF-Erklärung unterstützt, dürfte Sie überraschen. Vielleicht noch eine Anmerkung: David Galeuchet meinte, das Tempo sei zu gemächlich. Ja, wenn ich mir die Zahlenreihe anschau, die in dieser KEF-Erklärung gefordert wird für den Anteil erneuerbarer Energie: 18, 19, 20, 21 Prozent. Das ist ziemlich gemächlich, wenn man sich der Problematik ein bisschen bewusst ist. Wie wir von Nicola Siegrist gehört haben, sind wir auf gutem Weg beziehungsweise die Erwartungen sind bereits übertroffen. Ich habe dies jetzt nicht kontrolliert. Ich denke, das stimmt so. Auf jeden Fall sehen wir hier keinen Grund, diese KEF-Erklärung nicht zu unterstützen, ausser man will überflüssigerweise aufs Bremspedal treten.

Wenn wir gerade dabei sind, und ich genug Zeit habe, äussere ich mich auch noch zur nächsten KEF-Erklärung, nämlich zur Wärmeversorgung, wo auch eine Erhöhung gefordert wird. Ja, diese ist folgerichtig nach der Änderung des Baugesetzes beziehungsweise der Abschaffung der Öl-Heizungen. Auch hier werden wir die entsprechende KEF-Erklärung seitens der Alternativen Liste unterstützen. Besten Dank.

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Ich spreche gleich zu beiden KEF-Erklärungen.

Aus Sicht der FDP besteht für beide Erklärungen kein Bedarf. Die Regierung hat die beiden Themen, die die Indikatoren aufgreifen, aufgenommen und die entsprechenden realistischen Zielwerte für die kommenden Planjahre vorgegeben. Die KEF-Erklärung Nummer 17, welche den Anteil an im Kanton erzeugten erneuerbaren Stroms in Bezug auf den Gesamtstromverbrauch messen und über die Planjahre anheben will, lehnen wir ab. Wir sind der Meinung, dass ein so wichtiger Zubau der Eigenstromproduktion einerseits durch entsprechende Bestimmungen im neuen Energiegesetz gut aufgefangen ist. Zudem hat der Regierungsrat in der Antwort auf die Anfrage KR-Nr. 381/2022 beispielsweise beschrieben, wie und welche Vorgaben er den EKZ in der neuen Eigentümerstrategie, welche ja jetzt ausgearbeitet wird, im Bereich der Investitionen zu machen gedenkt. Das sind sicherlich auch Vorgaben für den Produktionszubau an erneuerbaren Energien im Inland. Wir gewichten die Eigenstromversorgung hoch, sind aber auch hier für eine

realistische Entwicklung und lehnen daher die KEF-Erklärung Nummer 17 ab.

Auch die KEF-Erklärung 18 lehnen wir ab. Der Wert, der von der Regierung zum Indikator gegeben wird, betrachten wir als angemessen, so wie die Regierung. Er zeigt auf, was überhaupt möglich ist. Es ist nicht nur eine Frage des Wollens, es ist auch eine Frage des Könnens. Es geht um einen realistischen Zielpfad. Wir stehen hinter der Regierung. Wir halten diesen Indikator darum für realistisch und lehnen die KEF-Erklärung Nummer 18 ebenfalls ab. Besten Dank

Christian Lucek (SVP, Dänikon): Wir sind der gleichen Meinung wie die Sprecherin der FDP, drücken es aber vielleicht ein wenig pointierter aus. Ich muss sagen, ich habe zwar nicht resigniert, aber ich bin realistisch geworden. Und mir ist völlig klar, dass wir heute jetzt unter der Führung und den Voten, die wir gehört haben vom Solar-Oligarchen David Galeuchet und den Öko-Kommunisten der SP und der AL, dass Sie jetzt hier mit diesen KEF-Erklärungen Zeichen setzen wollen und eine gewisse Symbolpolitik betreiben. Denn, Hand aufs Herz: Bleiben wir realistisch, wir sprechen bei der KEF-Erklärung über Komma-Prozentwerte. Das sind einfach Mikrodosen, die Sie hier platzieren. Das ist reine Symbolpolitik und die Zahlen, die bereits im KEF sind, sind sachlich und ausreichend. Dasselbe bei der zweiten KEF-Erklärung Nummer 18. Da stützen wir auch die Meinung der Regierung und vom grünen Baudirektor Martin Neukom (*Regierungsrat*), dass diese Zahlen der Realität entsprechen. Die sollten auch so abgebildet sein. Wir lehnen beiden KEF-Erklärungen ab. Ich danke Ihnen.

Abstimmung über KEF-Erklärung 17

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 17 mit 95 : 70 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

KEF-Erklärung 18

Erneuerbare Wärme schneller ausbauen

Antrag Nicola Siegrist:

	P23	P24	P25
P26			
W19 Anteil erneuerbarer Energie und Abwärme an der Wärmeversorgung, in %	32.5	36.5	40.5
44.5			

Nicola Siegrist (SP, Zürich): Ich halte mich hier kurz, da die meisten Fraktionssprecher und -sprecherinnen bereits ihre Voten abgegeben haben.

Wir sprechen bei der zweiten KEF-Erklärung über Wärme. Der erste Grund, weshalb ich Ihnen diese KEF-Erklärung zur Annahme empfehle, ist folgender: Gemäss der regierungsrätlichen Klimastrategie soll Zürich bis 2040 auf netto null runter, gleichmässig auf netto null runter. Dies gilt für den Gebäudebereich genauso, macht doch dieser Sektor einen grossen Teil unserer Emissionen aus. Gleichmässig auf netto null runter, das bedeutet, dass der Anteil erneuerbarer Wärme jährlich um etwa 4 Prozentpunkte steigen muss. Das ist eine ziemlich einfache Milchbüchlein-Rechnung. Wer dieses Tempo für nicht realistisch hält, wie dies beispielsweise Barbara Franzen von der FDP vorhin ausgeführt hat, muss ehrlicherweise auch sagen, dass er oder sie das Klimaziel der Regierung für nicht realistisch hält. Diese Ehrlichkeit habe ich bisher jedoch noch nicht gehört. Zweitens, die drohende Energiekrise diesen Winter ist in erster Linie eine Gas-Krise. Gas können wir nicht selbst produzieren, solange wir nicht beginnen, in Schweizer Böden nach Gasstrom zu buddeln, den wir über Wärmepumpen zu Wärme umwandeln könnten – produzieren wir heute schon selbst und produzieren wir zukünftig in noch grösserer Menge, je schneller wir von Gas und Öl unabhängig werden. Ich hoffe, das ist mittlerweile überall in diesem Rat angekommen, desto geringer die Chancen auf eine weitere Energiekrise. Wer aus der Energiekrise lernen will, wer die Ziele der regierungsrätlichen langfristigen Klimastrategie auch im KEF abbilden will, soll dieser KEF-Erklärung zustimmen. Herzlichen Dank.

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon): Das Wichtigste vorweg: Wir Grünen unterstützen auch diese KEF-Erklärung. Die Regierung muss bei der Wärmeversorgung endlich «fürschi» machen. Heute müssen die Weichen in die richtige Richtung gestellt werden und bis 2040 der Anteil an erneuerbarer Energien und Abwärmen auf 100 Prozent erhöht wird. Der Regierungsrat soll die Gemeinden und bestehenden und geplanten Wärmeverbände besser unterstützen. Die KEF-Erklärung von Kantonsrat Nicola Siegrist ist keinenfalls kommunistisch, Herr Lucek, er zeigt nur den zwingenden jährlichen Bedarf auf und ist deshalb dringend zu unterstützen. Besten Dank.

Abstimmung über KEF-Erklärung 18

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 18 mit 96 : 67 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Leistungsgruppe 8510, Altlasten
Leistungsgruppe 8700, Immobilienamt

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Finanzmotion KR-Nr. 451/2022 der FIKO betreffend «Arbeitsplatzfläche pro Person»

Tobias Langenegger (SP, Zürich), Präsident der Finanzkommission (FIKO): Wie gestern im einleitenden Referat bereits erwähnt, erlangte anlässlich der Beschlussfassung vom 24. November eine Finanzmotion in der Leistungsgruppe 8700, Immobilienamt, eine Mehrheit in der Finanzkommission.

In der Beratung der Finanzkommission zum Bericht des Regierungsrats betreffend Erklärungen des Kantonsrates zum KEF gab insbesondere die Ablehnung der beiden KEF-Erklärungen Nummer 28 und 29 aus der letztjährigen Budget-Debatte zu reden. Entsprechend wurde ein Entwurf für eine Finanzmotion eingereicht. Inhaltlich geht es um die Reduktion der beiden Wirkungsindikatoren W5 und W6 im Immobilienamt, die lauten: Durchschnittlicher Flächenbedarfsarbeitsplatz auf 100 Prozent Pensum aufgerechnet, im Bürobereich bei W5 in der engeren sowie bei W6 in der übrigen Zentralverwaltung in Quadratmeter.

Im Anschluss beriet die Finanzkommission zusammen mit dem Baudirektor den Entwurf der Finanzmotion. Dabei hat die Kommission erfahren, dass sie damit offene Türen einrennt. Das Immobilienamt ist sehr intensiv an dieser Thematik am Arbeiten. Der Kommission war es dann folglich wichtig, dass diese Finanzmotion kein laufendes Verfahren torpediert. Entsprechend hat sie dem Baudirektor zugesichert, dass sie die Finanzmotion zurückziehe, sobald der entsprechende Regierungsratsbeschluss vorliege. Infolge der Energiemangellage hat sich das Geschäft beim Immobilienamt leider verzögert, weshalb wir nun trotzdem über diese Finanzmotion entscheiden müssen. Um sicher keinen Konflikt mit der laufenden Arbeit zu produzieren, hat die Kommission die Finanzmotion mit dem folgenden Satz ergänzt: «Der Regierungsrat kann dabei auch einen angepassten Ansatzwirkungsindikator wählen, der das Anliegen sinngemäss umsetzt beziehungsweise die gewünschte Wirkung erzielt.» Besten Dank.

Monica Sanesi Muri (GLP, Zürich): Mit dieser Finanzmotion wollen wir den Regierungsrat beauftragen, zwei KEF-Erklärungen von 2021

umzusetzen. Es geht um den durchschnittlichen Flächenbedarf pro Arbeitsplatz, der in den nächsten Jahren ambitioniert gesenkt werden soll. Die Flächenberechnung wird heute pro 100 Prozent Arbeitsstelle berechnet, und um die Planung der Auslastung korrekter durchzuführen, ist es dringend notwendig, dass die Teilzeit-Pensen in der Berechnung berücksichtigt werden. Letztes Jahr haben wir Grünliberale die KEF-Erklärungen unterstützt und unterstützen heute diese Finanzmotion.

Christian Schucan (FDP, Uetikon am See): Die dieser Finanzmotion zugrundeliegenden KEF-Erklärungen stammen von der FDP. Wir haben in der Vergangenheit schon verschiedentlich in diesem Bereich KEF-Erklärungen eingereicht, die überwiesen wurden, die aber keine Auswirkungen hatten. Deshalb ist es uns auch wichtig, dass wir jetzt diese Finanzmotion aufrechterhalten bis dem Anliegen Genüge getan wird. Was uns wichtig ist: Die Arbeitswelt verändert sich, die Arbeitswelt geht mehr Richtung Teilzeit-, nicht mehr Vollzeitstellen. Dies soll sich eben auch in der Arbeitsplanung entsprechend niederschlagen, also, dass man berücksichtigt, dass beispielsweise, wenn wir zwei Mitarbeitende haben, die nur 50 Prozent arbeiten, dass die nicht zwingend je einen einzelnen Arbeitsplatz brauchen, der für 100 Prozent zur Verfügung stehen muss. Wir sind durchaus mit dieser Anpassung einverstanden, die im Laufe der Beratung mit der Baudirektion entstanden ist, dass wir sagen, wenn die Baudirektion einen Wirkungsindikator vorschlägt oder umsetzt, der dem Anliegen Rechnung trägt, dann sind wir damit einverstanden, dann muss es nicht zwingend unsere Definition sein. In diesem Sinne harren wir da gespannt der Dinge seitens der Baudirektion, dass dieser Regierungsratsbeschluss dann tatsächlich endlich folgt. Wir werden die Finanzmotion entsprechend unterstützen. Besten Dank.

Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen): Der Flächenbedarf pro Arbeitsplatz ist in der engeren Zentralverwaltung höher als bei Neubauten wie zum Beispiel im Neubau der Gesundheitsdirektion. Das ist richtig. Aber eine Senkung des Flächenbedarfs pro Arbeitsplatz ist nicht gratis zu haben. Eine Reduktion des Flächenbedarfs kann nur mit baulichen Veränderungen gemacht werden. Zudem braucht es auch Investitionen in die IT, die Telefonie und so weiter. Also, es braucht eigentlich mehr Geld, um dann mit weniger Fläche auszukommen. Die neuen Standards werden erst im Zusammenhang mit der Sanierung der engeren Zentralverwaltung zur Anwendung kommen. Alles andere wäre mit zusätzlichen

Kosten verbunden. Diese werden mit Sicherheit höher sein, als das Belassen im Status quo und noch ein paar Jahre mit etwas grösseren Flächen zu leben. Wir lehnen ab. Besten Dank

Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg): In Zeiten von Homeoffice, flexiblen und digitalen Arbeitsplätzen muss die Arbeitsplatzfläche pro Person gesenkt werden. Die kantonale Verwaltung ist hier gegenüber der Privatwirtschaft meilenweit im Hintertreffen. Bezeichnend ist, dass die Baudirektion immer noch auf dem Flächenstandard von 2005 handelt. Wir haben bereits beim Postulat KR-Nr. 245/2016, Flächenbedarf der kantonalen Verwaltung von Sonja Rueff, genau deshalb einen Ergänzungsbericht gefordert und sind der Finanzkommission sehr dankbar, dass sie hier mit dieser Finanzmotion kommt. Ich bin erstaunt über das Votum von Thomas Schweizer, denn eigentlich müssten wir hier auf die Klima-Allianz zählen können, denn weniger Bürofläche pro Mitarbeiter bedeutet auch eine Schonung unserer wertvollen Ressourcen. Aber bezeichnend ist, dass dies der Klima-Allianz nicht einleuchtet. Wir unterstützen die Finanzmotion.

Regierungsrat Martin Neukom: Ich kann es sehr kurz machen: Es ist tatsächlich so, wir arbeiten an einem Flächenstandard respektive er ist schon fertig, aber noch bei den anderen Direktionen in der Vernehmlassung. Ich werde diesen Flächenstandard im ersten Quartal des nächsten Jahres dem Regierungsrat zum Beschluss vorlegen. Inhaltlich will ich deshalb nicht vorgreifen, was in diesem Flächenstandard stehen wird. Ich kann Ihnen aber sagen, Sie können davon ausgehen, dass die Stossrichtung Ihres Anliegens damit erfüllt wird. Damit wäre dann auch gleich diese Finanzmotion erledigt. Besten Dank.

Abstimmung über die Finanzmotion

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der Vorlage KR-Nr. 451/2022 mit 97 : 66 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Leistungsgruppe 8710, Liegenschaften Finanzvermögen

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Leistungsgruppe 8750, Liegenschaften Verwaltungsvermögen

22 Antrag FIKO entspricht Minderheitsantrag Hans Egli, Barbara Grüter, Walter Honegger, Domenik Ledergerber, Peter Schick und Stephan Weber (KPB):

Gemäss Antrag des Regierungsrates.

22a Antrag KPB entspricht Minderheitsantrag Ronald Alder, Isabel Garcia, Tobias Langenegger, Selma L'Orange Seigo und Hannah Pfalzgraf (FIKO):

Verschlechterung: -3'000'000

Es werden 3 Mio. Franken für kurzfristige Massnahmen zur Energieeinsparung und -effizienz gesprochen.

Andrew Katumba (SP, Zürich), Präsident der Kommission für Bau und Planung (KPB): Energie-Sparmassnahmen sind das Gebot der Stunde und über weite Kreise hinweg opportun. Damit diese Massnahmen beschleunigt werden können, braucht es aus Sicht der Kommissionsmehrheit mehr finanzielle Mittel für die rasche Umsetzung. Deshalb beantragt die Kommissionsmehrheit bei der Leistungsgruppe 8750, Liegenschaften im Verwaltungsvermögen, eine Erhöhung um drei Millionen Franken, damit die technischen Voraussetzungen für eine rasche Einleitung von Energie-Sparmassnahmen geschaffen werden können und nicht erst dann, wenn die Krise eintritt. Es braucht entsprechend Vorbereitungsmaßnahmen, so gemäss Mehrheit der Kommission. Im Namen der Kommissionsmehrheit beantrage ich Ihnen, dem KPB-Budget-Antrag zuzustimmen. Besten Dank.

Monica Sanesi Muri (GLP, Zürich): In einer Krise muss gehandelt werden, schnell und unbürokratisch. Die Energiemangellage ist nach wie vor ein grosses Thema. Jetzt in der Vorweihnachtszeit, noch in der ersten Hälfte des Winters, wissen wir nicht, wie es weitergeht. Vielleicht kommen wir ohne Mangellage durch den Winter, vielleicht auch nicht. Genau dieses «Vielleicht» macht diesen Antrag dringend. Es gehört zu den Eigenschaften einer Krise, dass die Zukunft ungewiss ist, dass Vorhersagen schwierig sind. Darum sollen diese drei Millionen für kurzfristige Massnahmen zur Energieeinsparung und Energieeffizienz eingestellt werden, schnell und unbürokratisch. Die Grünliberalen stimmen zu.

Jonas Erni (SP, Wädenswil): Der Grund, warum zusätzlich drei Millionen Franken für kurzfristige Massnahmen zur Energieeinsparung und Energieeffizienz budgetiert werden sollen, ist, dass es zur Verhinderung

einer Energiemangellage die Aufgabe des Staates ist, hier im Sinne seiner Vorbildfunktion Energie zu sparen und die Energieeffizienz zu verbessern. Diese zusätzlichen Mittel würden eine Reihe von kurzfristigen Massnahmen ermöglichen, darunter die Installation von Energiemanagement-Systemen, die Durchführung von Energie-Audits und die Förderung von Energie-Sparprogrammen. Dies wird nicht nur dazu beitragen, Energie zu sparen, sondern auch die Kosten für den kantonalen Energieverbrauch zu senken und hat somit einen positiven finanziellen Nebeneffekt. Stimmen Sie deshalb gemeinsam mit uns dem Antrag zu.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Energetische Sanierungen dürfen nicht kurzfristig und schnellschussmässig gemacht werden. Viel sinnvoller und kurzfristig viel effizienter sind tiefere Raumtemperaturen und zusätzliche Stromleisten, die ausgeschaltet werden können. Und nun zu dieser Messehalle, wo wir schon am Frieren waren und heute und gestern so geschwitzt haben und schwitzen, das ist eine Halle, die energetisch total schlecht gebaut ist; sie ist eigentlich ein Zugloch. Hier muss man feststellen: Wenn die Mehrheit des Kantonsrates hier beschlossen hätte, dass wir unsere Rats-Debatten wieder im Rathaus hätten, hätten wir sehr viel Energie einsparen können. Es zeigt sich da aber auch einmal mehr, dass die Klima-Allianz lieber ein Thema bewirtschaftet, als effektiv Energie einzusparen. Wie gesagt, es gibt intelligentere und kreativere Lösungen als drei Millionen Franken mehr auszugeben. Bei der Präsentation der Energie-Sparmassnahmen hat der Baudirektor es nicht für nötig erachtet, die Temperaturen generell bei der kantonalen Verwaltung auf 19 Grad zu senken, obwohl er uns einmal erklärt hat, dass ein Grad sechs Prozent Energie einsparen würde. Also, man kann Energie einsparen, ohne noch drei Millionen Franken zusätzlich auszugeben. Wir müssen einfach die Temperatur ein bisschen senken und uns besser anziehen. Das ist effizientes Energiesparen. Darum stimmen Sie richtig ab und lehnen Sie diese drei Millionen Franken ab. Danke vielmals.

Michael Bänninger (EVP, Winterthur): Die aktuelle Situation zeigt uns, dass Energieeinsparungen wichtig und angebracht sind. Einsparungen sind nicht nur heute, sondern auch morgen wertvoll und gewinnbringend. Dabei sind die Immobilien wichtige Objekte, bei denen man mit richtig eingesetztem Geld nachhaltig Energieeinsparungen und Energieeffizienz generieren kann. Deshalb unterstützen wir von der EVP die

Erhöhung des Budgets um drei Millionen Franken für schnell umsetzbare Massnahmen. Wir haben Vertrauen in die Baudirektion, dass die Gelder richtig eingesetzt werden. Besten Dank.

Daniel Heierli (Grüne, Zürich): Kurze Replik auf Hans Egli: Man kann auch beides tun, die Raumtemperatur ein Grad absenken und weitere Energie-Sparpotenziale ausnützen. Gerade gestern hat Baudirektor Martin Neukom wieder in Erinnerung gerufen, wie gross der Immobilienpark des Kantons Zürich ist. Entsprechend ist auch der Energieverbrauch dieser Gebäude keine Kleinigkeit. Die Anstrengungen gehen zwar ganz klar in die richtige Richtung, aber Einsparungen im Energiebereich sind derart wichtig, dass ein bisschen mehr Schub nie schaden kann. Energie, die man eingespart hat, ist nicht nur die umweltfreundlichste, sondern auch die billigste. Deshalb Ja zu diesen drei Millionen Franken. Sie sind gut investiert. Die Leute in der Baudirektion werden sie sinnvoll einzusetzen wissen. Danke.

Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen): Im Bereich der Liegenschaften werden zusätzlich drei Millionen Franken als kurzfristige Massnahmen zur Energieeinsparung und Energieeffizienz beantragt, was zu einer Budget-Verschlechterung führt. Um Energie einzusparen beziehungsweise sie effizienter zu nutzen, müssen Sanierungen, technische und bauliche Anpassungen der Liegenschaften vorgenommen werden. Diese bedürfen eines zeitlichen Vorlaufs und können durch Geld allein nicht beliebig beschleunigt werden. Sie hängen vielmehr vom Vorhandensein des Materials und der Verfügbarkeit der Fachkräfte ab. Und dass es in diesem Bereich aktuell Verwerfungen gibt, brauche ich nicht weiter auszuführen. Kurzfristige Massnahmen können hauptsächlich durch angepasstes Verhalten getroffen werden und weniger mit zusätzlichem Geld. Der Antrag erscheint uns daher für die Galerie. Wir lehnen ihn ab. Besten Dank.

Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich): Es ist schön, wie alle sagen, dass sie Vertrauen haben in den Baudirektor, er wisse dann schon, wie das Geld einzusetzen sei. Wir haben auch Vertrauen in den Baudirektor, denn er hat uns gesagt, er brauche dieses Geld nicht. Er ist dran, er macht alles, was er kann. Wir wissen, dass er alles macht, was er kann. Aber, wir haben es vorhin schon von Marzena Kopp gehört, die Lieferketten sind im Moment so schwierig, dass es gar nichts bringt, dass man so kurzfristig noch Geld, zusätzliche Mittel freispielt. Das ist wirklich ein Antrag für die Galerie. Wir vertrauen, dass der grüne Baudirektor

alles macht, was er will und was er kann. Diesen Antrag werden wir daher ablehnen. Besten Dank.

Regierungsrat Martin Neukom: Es ist so, dass zahlreiche Sparmassnahmen bereits in der Umsetzung sind. Wir haben teilweise gewisse Beleuchtungen ein wenig reduziert; wir haben grossflächig die Beleuchtungsmittel durch LED ersetzt. Das ist eine ordentliche Energieeinsparung. Wir haben verschiedene technische Systeme optimiert, wie zum Beispiel die Lüftung, insbesondere die Lüftung und zwar dann zu reduzieren, wenn sie gar nicht gebraucht wird, zum Beispiel in der Nacht oder am Wochenende. Wir sind daran, Steckerleisten zu installieren und den Standby-Stromverbrauch zu reduzieren. Ganz allgemein sind wir dabei, Betriebe ohne Nutzen zu identifizieren. Da liegt meiner Ansicht nach das grösste Spar-Potenzial. Wenn Sie den Stromverbrauch der Zentralverwaltung anschauen, dann stellen Sie fest, dass wir am Wochenende und in der Nacht halb so viel Strom brauchen wie freitags oder donnerstags am Mittag. Das heisst, es ist sehr viel Strom, der verbraucht wird, wenn gar niemand da ist. Das heisst, es gibt ganz viele Betriebe ohne Nutzen. Wir sind daran, das zu analysieren und hier Verbesserungen einzuleiten. Wir haben bereits ein Resultat, das sich sehen lässt; wir konnten den Stromverbrauch bereits signifikant reduzieren. Zu Herrn Egli: Wir haben auch die Raumtemperaturen gesenkt. Der Regierungsrat hat beschlossen, flächendeckend die Raumtemperaturen zu senken. Das ist teilweise durchaus sehr unangenehm; zwischenzeitlich sitzen einige mit Jacken im Büro. Also, wir müssen fast schon schauen, dass die Leute nicht krank werden. Hier sind wir fast schon ... (*Unruhe im Ratssaal*). Nein, nein, es haben sich viele Leute bei mir beklagt wegen der zu tiefen Temperaturen. Jedenfalls sind wir dran. Wenn Sie sagen, wir sollen mit diesen drei Millionen Franken Gebäudesanierungen machen: Erstens reichen drei Millionen Franken für Gebäudesanierungen natürlich nicht weit. Zweitens sind wir natürlich an Gebäudesanierungen daran und drittens dauert das natürlich länger als nur ein Jahr. Hier kann ich Ihnen jetzt kein Programm liefern, was ich mit diesen drei Millionen Franken machen soll. Falls der Kantonsrat diese Mittel spricht, werden wir selbstverständlich analysieren, wo wir zusätzlich noch forcieren können. Aber grundsätzlich sind wir an all diesen Massnahmen bereits schon dran. Besten Dank.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Mehrheitsantrag der KPB untersteht der Ausgabenbremse.

Abstimmung

Der Mehrheitsantrag 22 der FIKO wird dem Mehrheitsantrag 22a der KPB gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt mit 90 : 76 Stimmen (bei Enthaltungen) dem Mehrheitsantrag 22a der KPB zu.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Nun stellen wir fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht zurzeit aus 180 Mitgliedern. Deshalb braucht es mindestens 91 Stimmen. Kommen weniger als 91 Stimmen zustande, ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung Ausgabenbremse

Der Kantonsrat beschliesst mit 91 : 0 Stimmen, dem Mehrheitsantrag 22a der KPB zuzustimmen. Damit ist das erforderliche Quorum der Ausgabenbremse erreicht worden.

2kr Antrag Hans-Peter Amrein

Verbesserung: 18'000'000

DS Kapo Oberrieden, Seepolizei Gesamtinstandsetzung (13043) Redimensionierung auf das Nötige (gebundene Ausgaben) und Verzicht auf Helikopterlandeplatz auf Dach des Stützpunktes (ungebundene Ausgabe) und weiterer unnötiger (Luxus-) Ausbauten und Gerätschaften.

Walter Honegger (SVP, Wald): Dieser vorliegende Budget-Antrag ist insofern unterstützungswürdig, egal ob budget- oder KEF-relevant, weil er auf etwas hinweist, dass in jeder Regierung, sei dies im Kanton oder auch auf Gemeindeebene, immer wieder zu Diskussionen führt. Wann ist eine Ausgabe gebunden und wann nicht? All diejenigen Anwesenden, welche auch bereits Exekutiv-Tätigkeiten hinter sich haben oder sogar noch aktiv sind, können mir wohl bestätigen, dass es im Zweifelsfall angebracht ist, das Ganze dem Volk – oder wie hier bei uns –, dem Kantonsrat vorzulegen. Der Regierungsrat war anscheinend klar der Meinung, dass das Sanierungsprojekt der Seepolizei in Oberrieden keinen Zweifel offenlasse und dass das Ganze als gebunden durchgehen soll. Schade ist, dass Martin Neukom und Mario Fehr dieses Geschäft nicht mal informell in die Kommission gebracht haben. Und dies im Tonfall des Antragstellers zu sagen: Ja, die Herren Regierungsräte Neukom, aber vor allem Mario Fehr, haben einfach ihre Hausaufgaben nicht gemacht, basta. (*Heiterkeit*)

Im CRG (*Gesetz über Controlling und Rechnungslegung*) steht: «Eine Aufgabe gilt als neu» – also als nicht gebunden – «wenn hinsichtlich ihrer Höhe des Zeitpunkts ihrer Vornahme oder anderer wesentlicher Umstände eine verhältnismässig grosse Handlungsfreiheit besteht.» Wir von der SVP und EDU bedauern das Vorgehen der Regierung und werden einen Vorstoss in der Kommission einreichen. Beim vorliegenden Antrag machen wir Stimmenthaltung, weil dieser formell nicht richtig ist, auch wenn die Stossrichtung stimmt. Herzlichen Dank.

Jonas Erni (SP, Wädenswil): «Klotzen statt kleckern» scheint das Motto des Sicherheitsdirektors zu sein, wenn es um die Seepolizei geht. Ein Luxus-Gebäude für 30 Millionen Franken, nachdem es vor wenigen Jahren noch zehn Millionen Franken gekostet hätte. Von zehn auf 30 Millionen Franken, da reibt man sich erstaunt die Augen und man hat das Gefühl, dass man im falschen Film ist, weil der Eindruck entsteht, dass der Sicherheitsdirektor (*Regierungsrat Mario Fehr*) ein Anhänger von US-Filmen mit Uniformierten ist, die irgendwo in Miami oder so spielen und dort mit Helikoptern Jet-Skies und weiteren Gefährten Verbrecher jagen und auch Drogenbanden aufspüren. Nur sind wir hier am Zürichsee und nicht in Miami. Deshalb ist man schon ein bisschen erstaunt über diese Preissteigerung hier.

Wir hätten den Antrag gerne unterstützt, wenn er Sinn machen würde. Nur ist scheinbar der Betrag für dieses Gebäude gar nicht vorgesehen im vorliegenden Budget für das nächste Jahr, sondern erst ein Projektierungskredit. Deshalb lehnen wir ihn ab. Aber wir haben ein dringliches Postulat mitunterzeichnet – wir hören bestimmt noch mehr danach –, das fast alle Fraktionen hier unterzeichnet haben. Wir sind klar der Meinung, wir brauchen hier eine Vorlage zuhanden des Kantonsrats, damit wir das ordentlich behandeln können. So geht es nicht.

Stephan Weber (FDP, Wetzikon): Dies ist ein miraculöser Antrag; ein Farbtupfer in dieser Budget-Debatte. Im Budget ist eine Million Franken eingestellt, eingespart sollen 18 Millionen Franken werden. Die Einsparung wäre schön, aber irgendetwas geht nicht auf. Hans-Peter Amrein hört uns sicher (*im Livestream*) zu, zumindest würde es mich enttäuschen, wenn er es nicht täte (*der Antragssteller ist erkrankt und fehlt deshalb an der Sitzung*). Das Anliegen des Antrages ist durchaus berechtigt, gebundene Ausgaben sind kritisch zu hinterfragen. Dieser Budget-Antrag ist der falsche Weg. Ein Vorstoss soll Klärung bringen. Die FDP lehnt den Antrag aus formalen Gründen ab.

Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen): Wir danken Hans-Peter Amrein, dass er genau hinschaut und kritisch hinterfragt. Die gesamte Instandstellung des Seepolizeistützpunktes Oberrieden kostet 33 Millionen Franken. Der gesamte Betrag wird als gebunden deklariert, weshalb sich der Kantonsrat zu den Um- und Ausbauplänen nicht äussern und dies auch nicht kritisch prüfen kann. Ausgaben gelten per definitionem als gebunden, wenn eine entsprechende Verpflichtung vorliegt und es sachlich, zeitlich und örtlich keinen erheblichen Entscheidungsspielraum gibt.

Dass das Gebäude aus dem Jahr 1975 dem heutigen Standard nicht mehr genügt und saniert werden muss, ist unbestritten. Dass das Gebäude also auf Vordermann zu bringen ist und die entsprechenden Investitionen gebunden sind, ist ebenfalls unbestritten. Darüberhinausgehende Ausbauten und Erweiterungen sind jedoch nicht gebunden, bedürfen eines Kreditantrags und damit einer Zustimmung durch den Kantonsrat. Das sehen wir namentlich beim Helikopter-Landeplatz, der neu hinzukommt. Wir sind nicht per se gegen die Gesamtinstandstellung des Stützpunktes Oberrieden. Wir sind jedoch unbedingt dafür, dass die ordentlichen Prozesse eingehalten werden. Wir lehnen den Antrag jedoch ab, haben aber das Postulat mitunterzeichnet. Besten Dank.

Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen): Formal ist der Antrag nicht korrekt. Wir können ihn deshalb nicht unterstützen. Es kann nicht auf diese Weise eine Budget-Blockade gemacht werden, indem über den Budget-Prozess ein von der Regierung beschlossener Objekt-Kredit unterwandert wird. Der hohe Betrag wirft zwar Fragen auf. Falls der Antragsteller den dringenden Sanierungseifer moniert, so muss das über andere politische Vorstoss-Möglichkeiten gemacht werden. Das dürfte auch dem Antragsteller bekannt sein. Aber es gibt ja auch noch andere Gründe, um Vorstösse einzureichen, was wir hier vermuten. Wir enthalten uns.

Abstimmung über Antrag Amrein

Der Kantonsrat lehnt den Antrag 2kr von Hans-Peter Amrein mit 94 : 2 Stimmen (bei 65 Enthaltungen) ab.

Leistungsgruppe 8800, Amt für Landschaft und Natur

23 Antrag FIKO entspricht Minderheitsantrag Patrick Walder, Ueli Bamert, Martin Farner, Beat Habegger (i.V. von Christian Müller), Paul Mayer, Doris Meier und Marcel Suter (WAK):

Gemäss Antrag des Regierungsrates.

23a Antrag WAK entspricht Minderheitsantrag Selma L'Orange Seigo, Ronald Alder, Isabel Garcia, Tobias Langenegger und Hannah Pfalzgraf (FIKO):

Verschlechterung: -240'000

Für die Umsetzung des Postulats KR-Nr. 368/2019 (Behebung von Wanderhindernissen für Wildtiere) gemäss Vorlage 5795 sollen die nötigen Ressourcen von 160 Stellenprozenten geschaffen werden.

KEF-Erklärung 21

Erhöhung Investitionsausgaben / Umsetzung Postulat Wanderhindernisse KR-Nr. 5759

Antrag Jasmin Pokerschnig:

Die Investitionsrechnung ist für die Planjahre 2024 bis 2026 um je 1,8 Mio. zu erhöhen.

	P24	P25	P26
Saldo alt	-8,8	-8,9	-9,2
Saldo neu	-10,6	-10,7	-11,0

Ratspräsidentin Esther Guyer: Hier gibt es eine gemeinsame Beratung von Antrag 23, 23a und KEF-Erklärung Nummer 21.

Beat Bloch (CSP, Zürich), Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK): Die WAK hat sowohl dem Budget-Antrag als auch der KEF-Erklärung am 1. November dieses Jahres je mit 8 zu 7 Stimmen zugestimmt. Ich spreche nachfolgend gleich zu beiden Anträgen.

Mit dem am 3. Februar 2020 überwiesenen Postulat (KR-Nr. 365/2019) betreffend Behebung von Wanderhindernissen für Wildtiere wurde der Regierungsrat eingeladen, in einem Bericht darzulegen, wie er die bedeutendsten künstlichen Wanderhindernisse für Wildtiere mittelfristig zu beheben plant und welche finanziellen Ressourcen dazu nötig sind. Damit Wildtier-Populationen längerfristig überleben, ist es zentral, dass sie wandern können. Dazu sind zum einen bauliche Massnahmen wie Wildtierüber- oder -unterführungen in sogenannten Wild-Korridoren erforderlich. Mit solchen Korridoren werden wichtige Kern- und Teil-Lebensräume vernetzt. 46 von 50 Wild-Korridoren müssen saniert werden. Zum anderen sind auch grossräumige Vernetzungsprojekte, zum

Beispiel von Wald zu Wald, notwendig. Für die Planung und Umsetzung solcher Projekte sind beim Kanton 160 Stellenprozent sowie rund 46 Millionen Franken über einen Zeitraum von 25 Jahren erforderlich. Für Bau- und Vernetzungsprojekte im Zuständigkeitsbereich des Kantons müssen die erforderlichen Mittel im Budget sowie im KEF eingestellt werden. Sowohl der Budget-Antrag als auch die KEF-Erklärung beruhen auf dem regierungsrätlichen Bericht und Antrag vom 2. Februar.

Die beiden Anträge sind für die Kommissionsmehrheit die logische Folge. Die Minderheit der WAK kritisiert, dass die Baudirektion nicht von sich aus die entsprechenden Ressourcen und den Mittelbedarf im Budget und KEF eingestellt hat. Die Kommissionsminderheit lehnt beide Anträge ab. Besten Dank.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Zerschneidungen des Raumes durch Strassen, Bahnlinien und durch Zersiedlung zählen zu den Hauptursachen für eine starke Abnahme der Artenvielfalt im Kanton Zürich. Um zu überleben, sind unsere Tierarten auf eine funktionierende ökologische Infrastruktur angewiesen, bestehend aus wertvollen Kerngebieten in ausreichender Qualität und Grösse und dazwischenliegenden Vernetzungsräumen beziehungsweise Vernetzungsachsen. Das hat auch der Regierungsrat in seinem Bericht zum Postulat KR-Nr. 368/2019 betreffend Behebung von Wanderhindernissen für Wildtiere vom 2. Februar 2022 so erkannt.

Wanderhindernisse führen zur Isolierung der Lebensräume und bedrohen viele Tierarten in ihrer Existenz, weil insbesondere auch die natürliche Reproduktion durch Wanderhindernisse stark beeinträchtigt wird. Eine funktionierende ökologische Infrastruktur ist für die Artenvielfalt unerlässlich. Damit die Behebung der Wanderhindernisse umgesetzt werden kann, braucht es Investitionen und personelle Ressourcen. Für die Planung und Umsetzung der grossräumigen Vernetzungsprojekte und baulichen Massnahmen, wie Wildübergänge und Wildunterführungen, sollen 160 Stellenprozent beziehungsweise 240'000 Franken budgetiert werden und im KEF im Jahr 2024 sollen jährlich 1,8 Millionen Franken eingestellt werden. Stimmen Sie für die Wildtiere. Wir Grünen danken für die Unterstützung.

Sandra Bossert (SVP, Wädenswil): Ich spreche gleich zu beiden Anträgen, also zum Mehrheitsantrag der FIKO, Minderheitsantrag der WAK, und zur KEF-Erklärung 21.

Mit Geld allein geht es nicht schneller. Das ist bei den geplanten Wanderhindernissen für Wildtiere nicht anders. Auch nützt es nichts, mehr Personal einzustellen, denn, dass es nicht vorwärtsgeht, liegt primär an unserem politischen System und der Engräumigkeit in der Schweiz. Die verschiedensten Player, wie das ASTRA (*Bundesamt für Strassen*), SBB, aber auch die Grundeigentümer, haben nun mal ihre Rechte. In der Schweiz kann nicht über Köpfe hinweg entschieden werden, da es den üblichen Weg mit allen Möglichkeiten zur Einsprache geben muss. Es nützt auch nichts, wenn wir jedes Jahr 1,8 Millionen Franken mehr einstellen. Zudem habe ich von der Baudirektion im Zusammenhang mit den Wildhindernissen von keinem Wunsch nach mehr Personal gehört. Die Baudirektion ist an der Umsetzung dran. Die SVP/EDU-Fraktion ist gegen eine Personalaufstockung. Wir lehnen deshalb die KEF-Erklärung 21 ab und stimmen dem Mehrheitsantrag der FIKO zu. Danke.

Melanie Berner (AL, Zürich): Mit dem Budget-Antrag und der dazugehörigen KEF-Erklärung verlangt Frau Kantonsrätin Jasmin Pokerschnig die benötigten Ressourcen zur Umsetzung der vom Kantonsrat beschlossenen Beseitigung der Wanderhindernisse für Wildtiere. Es geht, Sie haben es gehört, insbesondere um die Schaffung von 160 Stellenprozenten, welche im Bereich der Vernetzung von Wildtier-Korridoren eingesetzt werden. Dies ist notwendig, weil gemäss Information aus der Verwaltung kein Rechtstitel existiert, um die Vernetzung von Landschaftsräumen fördern zu können. Es kommt darum eben nicht automatisch zu den benötigten Leitstrukturen und Vernetzungselementen zwischen den Wildtier-Korridoren. Es kann also ohne Weiteres passieren, dass beispielsweise das Infrastrukturprojekt einer Gemeinde zehn bis fünfzehn Meter neben der Strasse aufhört. Es macht einfach keinen Sinn, im Rat etwas zu beschliessen, was dann in der Praxis nicht wirklich umgesetzt werden kann. Die AL hat das Postulat KR-Nr. 368/2019 unterstützt und unterstützt deshalb auch die Anträge von Frau Kantonsrätin Jasmin Pokerschnig. Besten Dank.

Harry Brandenberger (SP, Gossau): Die Wildtier-Korridore sind wichtige, aber auch teure Bauten, um den Wildwechsel wieder besser zu ermöglichen. Sie sind aber erst ein kleiner Schritt hin zu einer intakten ökologischen Infrastruktur, die erst in rudimentären Zügen vorhanden ist. Wir leben zurzeit von der Substanz der guten alten Zeit. Es geht noch einige Jahre bis Jahrzehnte, bis Arten verschwunden sind oder so stark eingeschränkt sind, dass es zu Inzucht kommt. So ist es an der

Zeit, vorwärtszumachen und in Wildtier-Korridore wie auch in weitere Vernetzungsmassnahmen zu investieren. Der Widerstand aus bäuerlichen Kreisen und Grundbesitzerinnen und Grundbesitzer ist gross. Umso wichtiger ist es, frühzeitig das Gespräch zu suchen und alle Beteiligten zu involvieren. Wir unterstützen den Budget-Antrag wie auch die KEF-Erklärung.

Monica Sanesi Muri (GLP, Zürich): Der Natur im Kanton Zürich geht es schlecht. Auch deshalb sollen die Wanderhindernisse für Wildtiere behoben werden, aus Wanderhindernissen sollen Wanderkorridore werden, also ein grosses Vernetzungsprojekt für die Lebensräume von Wildtieren. Wildtiere brauchen, ähnlich wie wir Menschen, Orte zum Ruhen, Orte zum Jagen, Orte mit gutem Futterangebot. Einige brauchen Wanderrouten, alle müssen sich treffen können, spätestens zur Paarung. Vor allem jetzt in Zeiten des Biobiodiversitätsverlustes ist es umso wichtiger, den Wildtieren Vernetzungsmöglichkeiten in ökologisch wertvoller Qualität zu geben. Die Grünliberalen befürworten die Stellenprozentage gemäss Antrag FIKO sowie die Investitionsaufgaben gemäss KEF für mehr Biodiversität im Kanton Zürich.

Beat Monhart (EVP, Gossau): Summa summarum könnte man bei diesem Traktandum einfach sagen; purgare impedimentum de via – sit fera animalia invenire se oder einfach auf Deutsch, lasst uns die Hindernisse aus dem Weg räumen und die Tiere zueinanderfinden. In diesem Sinne – satis dictum –, genug gesagt. Die EVP befürwortet die KEF-Erklärung 21 und den Antrag 23a betreffend Behebung der Wanderhindernisse

Abstimmung

Der Mehrheitsantrag 23 der FIKO wird dem Mehrheitsantrag 23a der WAK gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt mit 89 : 74 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Mehrheitsantrag 23a der WAK zu.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Dieser Antrag untersteht der Ausgabenbremse. Nun stellen wir fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht zurzeit aus 180 Mitgliedern. Deshalb braucht es mindestens 91 Stimmen. Kommen weniger als 91 Stimmen zustande, ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung Ausgabenbremse

Der Kantonsrat beschliesst mit 91 : 0 Stimmen, dem Mehrheitsantrag 23a der WAK zuzustimmen. Damit ist das erforderliche Quorum der Ausgabenbremse erreicht worden.

Abstimmung über KEF-Erklärung 21

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 21 mit 95 : 69 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

KEF-Erklärung 19

Bilanz an Fruchtfolgeflächen

Antrag Sandra Bossert:

W9 Die Fruchtfolgeflächen werden neu nicht nur als Gesamtfläche ausgewiesen, sondern in der Bilanz wird aufgeführt, wo welche Flächen verschwunden sind und wo diese kompensiert werden.

Sandra Bossert (SVP, Wädenswil): Zur Begründung meiner KEF-Erklärung Nummer 19: Der Kanton Zürich ist durch den Sachplan «Fruchtfolgeflächen», der vom Bund vorgegeben ist, verpflichtet, seine Fruchtfolgeflächen zu erhalten und die 44'000 Hektaren nicht zu unterschreiten. Leider verschwinden jährlich etliche Hektaren Fruchtfolgefläche, nicht nur auf dem Papier, sondern real. Als Beispiel: Die Umfahrung Obfelden wurde nicht kompensiert, diverse Abhumusierungen wurden auch nicht kompensiert. Mit dem momentanen System werden im Kompensationsverfahren mit Punkten statt mit dem eigentlichen Flächenmass Hektaren gegengerechnet. Diese Berechnungen bilden nicht eins zu eins die beanspruchten Flächen ab. Der Sachplan «Fruchtfolgefläche» hat neue Parameter definiert, wodurch der Kanton Zürich nun bereits 1000 Hektaren zu wenig Fruchtfolgeflächen hat. Mit diesem KEF-Antrag wollen wir endlich Transparenz seitens der Verwaltung schaffen. Sie soll die Flächen nicht mehr nur als Gesamtfläche ausweisen, sondern in der Bilanz soll jährlich aufgeführt werden, wo welche Flächen verschwunden sind und wo diese kompensiert werden. Das wäre ehrliche Transparenz. Darum ist diese KEF-Erklärung auch gut umsetzbar. Vielen Dank für die Unterstützung. Danke.

Beat Bloch (CSP, Zürich), Präsident der WAK: Die WAK hat diese KEF-Erklärung am 15. November beraten und mit 11 zu 4 Stimmen abgelehnt. Zur Begründung des Antrags verweise ich auf die Erläuterung von Sandra Bossert: Werden Fruchtfolgeflächen für die Erstellung von Bauten und Anlagen beansprucht oder im Rahmen von kommunal-

len Nutzungsplanungen einer Bauzone zugewiesen, müssen sie gleichwertig kompensiert werden. Davon ausgenommen sind landwirtschaftliche, zonenkonforme Bauten.

Aus dem Leistungsindikator L12 wird der Saldo zwischen dem baulichen Verbrauch und den neu geschaffenen Fruchtfolgeflächen ersichtlich. Die Differenz sollte grundsätzlich immer null sein. Sie muss aber über mehrere Jahre betrachtet werden, da es manchmal zu einer zeitlichen Differenz kommt zwischen dem Bau, der Fruchtfolgeflächen beansprucht, und der Kompensation. Über die Jahre hinweg muss es eine null geben. Damit wird sichergestellt, dass der Kanton darauf achtet, dass die Kompensation erfolgt.

Bei der KEF-Erklärung geht es etwa um den gleichen Auftrag, wie wenn gefordert würde, im KEF solle dargestellt werden, an wen Grundstücke verkauft und von wem sie gekauft würden. Das ist aufgrund des Mengengerüsts praktisch unmöglich und lässt sich nicht mit einem aussagekräftigen Indikator darstellen. Das Thema der Fruchtfolgeflächen ist im KEF gut und zielführend dargelegt. Es kann jederzeit die Bilanz eingesehen und nachgesehen werden, wer wo kompensiert. Namens der WAK beantrage ich Ihnen, die KEF-Erklärung abzulehnen.

Edith Häuser (Grüne, Kilchberg): Liebe Sandra Bossert, Ihr Anliegen ist durchaus nachvollziehbar, aber ausser der Landwirtschaft müssen gemäss Richtplan alle kompensieren, also auch der Naturschutz kompensiert Flächen. Im KEF widmen sich zwei von 20 ALN-Indikatoren (*Amt für Landwirtschaft und Natur*) der Fruchtfolgeflächen und im Wirkungsindikator W9 wird der Bestand an Fruchtfolgeflächen jährlich nach Hektaren genau ausgewiesen, was in den meisten Kantonen so der Fall nicht ist. Aus dem Leistungsindikator L12 wird der Saldo zwischen dem baulichen Verbrauch und dem neu geschaffen ersichtlich. Es gibt also zeitliche Differenzen, zwischen dem Bau, der Fruchtfolgeflächen beansprucht, und der Kompensation. Das ist so. Über die Jahre hinweg aber – wie das Beat Bloch vorhin schon gesagt hat – muss es aufgehen. Die Fruchtfolgeflächen-Kompensationen können jederzeit projektspezifisch eingesehen werden. Ich verstehe nicht, wieso Sie jetzt behaupten, es fehle Land. Aktuell sagen Sie das ja bei der Umfahrung Obfelden. Das stimmt so nicht. Interessant ist, dass zum Beispiel im Kanton Aargau mehr Fruchtfolgeflächen für landwirtschaftliche Bauten als für den Naturschutz benötigt wurden. Ich nehme mal schwer an, dass es sich auch im Kanton Zürich sehr ähnlich verhält. Die zu erwartenden Bautätigkeiten in der Landwirtschaftszone sind im KEF übrigens ebenfalls ausgewiesen. Und noch etwas: Sie monieren den kontinuierlichen

Verlust an Landwirtschaftsland. Das tue ich – und übrigens die Grünen – genau so intensiv wie Sie. Aber wieso wollten uns dann die Landwirte im Bezirk Horgen im Kampf gegen die Überbauung vom Letten nicht unterstützen? Da ging es doch auch um Fruchtfolgeflächen oder etwa nicht? Wir fordern auch von den Landwirten mehr Konsequenz. Die Grünen lehnen deshalb diese KEF-Erklärung ab.

Melanie Berner (AL, Zürich): Auch die AL wird die KEF-Erklärung zu den Fruchtfolgeflächen nicht unterstützen. Sie sind im KEF gut und ausreichend belegt. Zwei der 20 ALN-Indikatoren widmen sich diesen. Der Wirkungsindikator W9, der mit dieser KEF-Erklärung verändert werden soll, weist den Bestand an Fruchtfolgeflächen jährlich nach Hektaren genau aus. Das ist schweizweit einzigartig. Die Behauptung, dass im Kompensationsverfahren mit Punkten anstatt mit Flächen hantiert werde, ist schlicht falsch. Auch, dass nicht alle kompensieren müssen, ist so nicht ganz richtig. Alle müssen kompensieren, ausser der Landwirtschaft nach Richtplan. Der Naturschutz muss kompensieren und das ALN muss kompensieren. Und für alle gilt, dass nach Flächen und nicht nach Punkten kompensiert werden muss. Die gewünschte Änderung des W9, wie sie hier angestrebt wird, ist irgendwie vergleichbar mit der Forderung, im KEF im Einzelnen darzustellen, an wen Grundstücke verkauft werden und von wem sie gekauft werden. Das ist von der schieren Menge her im KEF einfach nicht abbildbar. Ich hoffe, Sie können mir folgen.

Gemäss Präsentation der KEF-Erklärung in der Kommission liegt hier ein Bedürfnis nach mehr Transparenz hinter dieser KEF-Erklärung. Das ist natürlich verständlich. Die Information, was wo kompensiert wird, kann allerdings jederzeit beim ALN projektspezifisch abgeholt werden. Es gibt folglich keinerlei Notwendigkeit, an W9 irgendetwas zu schrauben. Die AL lehnt ab. Besten Dank.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Ich möchte eigentlich nur kurz dazu sprechen. Über das Votum von Edith Häusler bin ich ein bisschen erstaunt, weil sie inhaltlich gar nicht über den Antrag gesprochen hat, sondern über einzelne Projekte. Hier geht es aber nicht um einzelne Projekte, sondern es geht eben um die Transparenz, die wir wollen, genau wie das jetzt Melanie Berner gesagt hat. Wir wollen wissen, wo kommt etwas hinzu und wo geht etwas weg. Und diese Transparenz ist jetzt tatsächlich nicht vorhanden. Wir können sie eben nur projektbezogen erhalten. Natürlich wollen wir nicht eine Excel-Tabelle mit den einzelnen Flächen; das ist gar nicht die Idee dieser KEF-Erklärung. Man

kann das kategorisieren, man kann das genau so darstellen, wie wir das möchten. Ich verstehe nicht, weshalb Sie jetzt gegen Transparenz sind. Und noch eine Korrektur: Auch die Landwirtschaft, Melanie Berner, muss übrigens kompensieren. Wenn es 30 Hektaren Fläche überschreitet, wird auch in der Landwirtschaft kompensiert. Einfach das noch zur Berichtigung. Aber ich bin erstaunt, dass Sie gegen Transparenz sind. Ich nehme das aber so zur Kenntnis und werde Sie dann gerne wieder einmal daran erinnern.

Abstimmung über KEF-Erklärung 19

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 19 mit 112 : 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

KEF-Erklärung 20

Naturschutz – Flächen

Antrag Harry Brandenberger:

Leistungsindikator L3	P24	P25	P26
Naturschutz: Fläche der durch Schutzmassnahmen gesicherten Lebensräume, in ha (Zielwert)	3400	3450	3500

Harry Brandenberger (SP, Gossau): Zuerst zu meiner Interessenbindung: Ich bin Vizepräsident von Pro Natura Zürich (*Naturschutzorganisation*).

Wer kennt noch den Baumpieper, den Gelbspötter oder den Feldschwirl? Kein Wunder, alle diese Vögel, die früher sehr häufig waren, sind aus dem Kanton Zürich verschwunden. Verschwunden? Zum Glück noch nicht ganz. Vereinzelt Vorkommen sind in den Thurauen, am Pfäffikersee oder im Neeracher Ried zu finden. Klingelt es bei Ihnen? Es sind alles Schutzgebiete. Dass diese Gebiete einen substantiellen Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt leisten, ist offensichtlich, nur reichen die Grössen hinten und vorne nicht aus, den dramatischen Artenschwund zu verhindern. Alle Fakten liegen auf dem Tisch und müssen hier nicht noch einmal wiederholt werden. Zum Einordnen: Die Schutzgebiete im Kanton Zürich machen weniger als 2 Prozent der Fläche aus. Wir möchten einen Anstieg dieser Schutzgebiete um 50 Hektaren pro Jahr; das sind populärwissenschaftlich ausgedrückt etwa 70 Fussball-Felder.

Die Antwort des ALN war klar: Sie begrüssen die Stossrichtung der KEF-Erklärung, doch aufgrund komplexer und zeitraubender Verhandlungen sei der Zuwachs allerdings zu ambitioniert. Hier sage ich: Wo

ein Wille ist, ist auch ein Weg. Und dieser Wille soll der Kantonsrat nun untermauern.

An die SVP richte ich meinen Appell nicht. Ihr scheinen Naturschutz und Arterhalt so lästig zu sein wie eine Zecke; das ist meine Erkenntnis nach knapp vier Jahren Kantonsrat. Bei der FDP hoffe ich auf offenere Türen. Sie hat den Gegenvorschlag zur Naturinitiative unterstützt und damit den Naturschutz deutlich stärker alimentiert. Nun frage ich Sie, geschätzte Mitglieder der FDP: Wenn Sie als Unternehmerin oder Unternehmer investieren, erwarten Sie nicht einen entsprechenden Output? Sie pochen normalerweise auf eine Wirkungsüberprüfung. Beim Leistungsindikator 3, den Flächen unter Schutz, sehen Sie keinen Bedarf? Daher bitte ich Sie, konsequent zu sein und der KEF-Erklärung zuzustimmen.

Beat Bloch (CSP, Zürich), Präsident der WAK: Die WAK hat der KEF-Erklärung am 1. November mit 8 zu 7 Stimmen zugestimmt. Die Begründung des Antrages von Harry Brandenberger haben wir gehört. Ich kann darauf verweisen.

Der Indikator L3 zeigt die Entwicklung der Flächen im offenen Land, die entsprechend dem Auftrag gemäss Paragraf 205 des Planungs- und Baugesetzes mit Schutzverordnungen langfristig gesichert sind. Der aktuelle Erarbeitungsprozess von Schutzverordnungen ist aufwendig und auf Kooperation ausgerichtet. Die Fortschritte brauchen deshalb Zeit und sind nicht genau prognostizierbar. Die Umsetzung des Gegenvorschlags zur Naturinitiative befindet sich in der Aufbauphase und benötigt für eine nachhaltige Wirkung noch weitere Verbesserungen der Rahmenbedingungen. Die Vertretung der Baudirektion hat in der WAK ihre Bereitschaft erklärt, zu prüfen, ob die Naturschutzflächen in Schutzgebieten erhöht werden können, wenn die für 2025 vorgesehene Biodiversitätsstrategie vorliegt. Der beantragte Flächenanstieg wird jedoch aufgrund der Erfahrungen in den letzten Jahren als unrealistisch erachtet, unter anderem, weil es schwierig ist, das erforderliche Fachkräftepersonal zu finden. Harry Brandenberger hat die Meinung der Kommissionsmehrheit bereits ausführlich dargelegt, weshalb ich sie an dieser Stelle nicht wiederholen muss. Die Minderheit der WAK lehnt die KEF-Erklärung ab. Namens der WAK beantrage ich Ihnen, der KEF-Erklärung Nummer 20 zuzustimmen.

Sandra Bossert (SVP, Wädenswil): Die SP spricht von einer desolaten ökologischen Infrastruktur und einem Rückgang der Biodiversität. Seit Jahren wird davon ausgegangen, dass, wenn man immer mehr Flächen

nicht mehr für die Landwirtschaft nutzt, die Biodiversität würde steigen; quasi alle genutzten Flächen, ob Acker oder Weiden, seien per se schlecht für die Umwelt und die Natur. Das stimmt so nicht. Die unterschiedlichen Flächen, welche nicht mehr gedüngt und nur noch nach fixen Schnittzeitpunkt gemäht werden dürfen, erreichen oft überhaupt keine Qualität, sprich die gewünschte Flora und Fauna ist nicht vorhanden, denn trotz der Ausdehnungen der Flächen wird gleichzeitig davon gesprochen, dass die Artenvielfalt zurückgeht. Es braucht einmal mehr Qualität vor Quantität. Allgemein müsste man vielleicht einmal über die Bücher und einen anderen Lösungsansatz verfolgen. Mehr ist nämlich nicht immer mehr. Wir lehnen die KEF-Erklärung ab.

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg): Vielleicht könnte sich Martin Hübscher gleich mal neben mich stellen, denn dann könnte er gleich schon hier reklamieren. (*Heiterkeit*)

Ich habe nicht sehr viel mehr anzufügen, ausser, dass beinahe un bemerkt, aber kontinuierlich der Kanton Arten verliert. Das wird nicht wirklich bemerkt, es wird auch nicht wirklich ernstgenommen – mindestens nicht von allen hier im Saal. Die Entwicklung der Biodiversität ist aber trotzdem sehr besorgniserregend. Zum Beispiel hat sich der Bestand der Feldlerche oder auch der Bachforelle im Kanton Zürich in den letzten 20 Jahren um mehr als 80 Prozent verringert. Aktuell müssen wir uns auch über den Bestand von Amphibien und Insekten Sorgen machen. In den roten Listen zeigt sich eine klare Tendenz: Spezialisierte Arten werden seltener, Generalisten legen zu. Deshalb sind Vernetzungsprojekte eben doch vielversprechend. Doch das ist nicht gratis zu haben. Darum muss auch der KEF nachziehen und für die Jahre 2024 bis 2026 den Flächenanstieg für den Naturschutz bereitstellen. Die im Leistungsindikator L3 ausgewiesenen 5,4 Prozent reichen nicht aus. Wenn schon mehr Geld für die Vernetzungsarbeit im Naturschutz bereitgestellt werden soll, dann ist es logisch, dass auch im KEF der Flächenbedarf für die Schutzmassnahmen nachziehen muss. Wir unterstützen diesen Antrag und danken Ihnen, wenn Sie dies ebenfalls tun.

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon): Die Biodiversität im Kanton Zürich nimmt rasch und stark ab. Demgegenüber kommen wir bei der langfristigen Sicherung der besten Biodiversitätsflächen nicht vom Fleck. Da geht etwas nicht auf, heute nicht und auch in Zukunft nicht. Da müssten wir schneller vorwärtskommen. Nur darum geht es bei dieser KEF-Erklärung. Wir unterstützen diese KEF-Erklärung.

Was Sandra Bossert angesprochen hat, dabei geht es um den Naturschutz ganz grundsätzlich. Der besteht nicht nur aus den besten Flächen. Da kommen viele andere Flächen hinzu. Du hast gesagt, es brauche Qualität, absolut einverstanden, hundertprozentig, aber es braucht auch mehr Quantität. Trotzdem, mehr Qualität, mehr Quantität und als drittes Element braucht es noch die Vernetzung der nötigen Flächen, die insgesamt sehr viel grösser sind, als die jetzt zur Diskussion stehenden, besten Biodiversitätsflächen.

Melanie Berner (AL, Zürich): Kollegin Sandra Bossert, es sind nicht nur die Linken, die sagen, dass wir ein Problem mit der Biodiversität haben. Im erst kürzlich veröffentlichten Bericht zur Biodiversität des Kantons Zürich konnten wir nämlich lesen, dass fast die Hälfte aller Arten und Lebensräume im Kanton Zürich bedroht sind. Trotz punktueller Erfolge ist der Zustand der Biodiversität besorgniserregend. Um die Artenvielfalt zu erhalten, braucht es eben dringend eine ökologisch ausreichende Infrastruktur. Genau darum unterstützt die AL die vorliegende KEF-Erklärung. Besten Dank.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Harry Brandenberger, ich muss doch ein bisschen replizieren, wenn Sie uns schon so prominent erwähnen, dass wir da dagegen sind: Mit dieser KEF-Erklärung – da möchte ich an Andreas Hasler anschliessen, Andreas hat das richtig gesagt –, diese KEF-Erklärung bringt nicht mehr Qualität. Lesen Sie die KEF-Erklärung. Sie will Flächen sichern und Massnahmen auf diesen Flächen. Damit ist noch kein Ziel erreicht. Wir verwehren uns nicht gegen die Qualität. Sandra Bossert hat das gesagt. Wir verlangen Output; wir wollen auch Output. Wir unterstützen das ZiBiF-Projekt; wir wollen noch mehr ZiBiF-Projekte, also zielorientierte Biodiversitätsförderung. Das ist der Weg, gemeinsam mit denen, die es nachher praktizieren müssen, aber nicht einfach Verordnungen, Massnahmen, Flächen sichern, Quantität. Diese KEF-Erklärung will nicht die zielorientierte Biobiodiversitätsförderung. Das unterstützen wir, aber diese KEF-Erklärung ist definitiv nicht nötig. Die lehnen wir ab.

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon) spricht zum zweiten Mal: Martin Hübscher, ich bin Fan von ZiBiF, das finde ich ein hervorragendes Projekt. Das sollte man dann gelegentlich auch noch ausweiten. Es genügt aber nicht. Diese KEF-Erklärung ist sehr sinnvoll; sie bringt mehr Qualität respektive sie bringt, dass die Qualität bei den besten Flächen nicht laufend abnimmt. Auch in den letzten 30 Jahren sind bei

Trockenwiesen und Weiden immer noch 30 Prozent der Flächen verlorengegangen. Man hat immer das Gefühl, diese Flächen seien irgendwann mal vor 100 Jahren verlorengegangen und seither sei das alles stabil. Weit gefehlt: Diese Flächen gehen auch heute noch laufend verloren. Deshalb müssen diejenigen, die noch da sind, jetzt langfristig gesichert werden. Deshalb ist diese KEF-Erklärung äusserst sinnvoll.

Abstimmung über KEF-Erklärung 20

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 20 mit 87 : 77 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Leistungsgruppe 8910, Natur- und Heimatschutzfonds

Leistungsgruppe 8930, Mehrheitsausgleichfonds

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Antrag 24a von Stephan Weber wurde zurückgezogen.

Leistungsgruppe 8940, Denkmalpflegefonds

Leistungsgruppe 8950, Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen

Leistungsgruppe 8960, Deponiefonds

Leistungsgruppe 8970, Kantonaler Waldfonds

Leistungsgruppe 8980, Wildschadenfonds

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Wir kommen jetzt zum Schluss. Unter Berücksichtigung der vom Kantonsrat beschlossenen Änderungen ergeben sich im Budget 2023 gesamthaft in der Erfolgsrechnung ein Aufwandüberschuss von 241'361'064 Franken, in der Investitionsrechnung Investitionsausgaben von 1'250'093'999 Franken.

Wir kommen jetzt zur Festsetzung des Budgets 5856b für das Rechnungsjahr 2023. Wir kommen zu den Anträgen zur Zustimmung oder eben Ablehnung des Budgets gemäss Vorlage 5856b. Hier liegt neben dem Mehrheitsantrag der FIKO, Zustimmung zum Budget, ein Minderheitsantrag von Selma L'Orange Seigo und Mitunterzeichnenden auf Ablehnung vor.

Minderheitsantrag Selma L'Orange Seigo, Tobias Langenegger und Hannah Pfalzgraf:

Das Budget für das Rechnungsjahr 2023 wird abgelehnt.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Wir Grünen lehnen – wie immer – Pauschalkürzungen ab und wir lehnen auch Budgets ab, die solche Pauschalkürzungen enthalten. Der Kantonsrat soll Verantwortung übernehmen, und sie nicht einfach an den Regierungsrat abschieben. Das ist Arbeitsverweigerung.

Wenn Bürgerliche und die GLP rund 2 Prozent des Staatshaushalts kürzen wollen, dann zieht das Leistungskürzungen nach sich. Dann muss man auch den Mut haben, klar zu benennen, wo das passieren soll. Der Staat muss schlanker sein, das kann man ja schnell noch sagen, wenn man nachher nicht Farbe bekennen muss.

Wir werden sicher nicht Hand bieten dafür, dass das Budget im Reptilienfonds (*Leistungsgruppe 4950*) künstlich geschönt wird, damit man dann nachher im nächsten Jahr die nächste Steuersenkung beschliessen kann. Wir Grünen haben unsere Schwerpunkte klar benannt: Es braucht mehr erneuerbare Energien, es braucht klimafreundliche Mobilität, energetische Sanierung des Gebäudeparks und es braucht mehr Naturschutz. Der Erhalt unserer Lebensgrundlage im Kanton Zürich muss uns dieses Geld wert sein. Die Grünen werden einem Budget mit einer Pauschalkürzung von 337 Millionen Franken nicht zustimmen.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Wir kommen zur Elefanten-Runde. Ich erteilte das Wort den Fraktionsvorsitzenden für ein Schlussvotum. Sie haben eine Redezeit von je fünf Minuten.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Bewölkt mit Aufhellungen, effiziente Debatte: Wir haben es geschafft. Zum zweiten Mal haben wir einen Rekord in der Kürze der Debatte aufgestellt. Herzliche Gratulation. In dreieinhalb Sitzungen haben wir das Budget – und ich betone es – auch den KEF behandelt. Und wir wissen es, früher waren es alleine für den KEF noch zusätzlich vier Sitzungen im Januar.

Auch wenn in diesem Jahr weniger Budget-Anträge im Plenum beraten worden sind, haben wir deswegen unseren Auftrag nicht weniger seriös wahrgenommen. Im Vorfeld wurden sehr viele Anträge geprüft und abgeklärt. Genau diese seriösen Abklärungen braucht es eben. Am Ende braucht es aber auch eine Kompromissbereitschaft und keine Einzelprofilierung. Vorwürfe der Arbeitsverweigerung und Unseriösität sind fehl am Platz. Wenn nun die linken Parteien die pauschale Kürzung kritisieren, möchte ich doch nochmals in Erinnerung rufen, dass 326 Millionen Franken bei einem Budget von über 18 Milliarden Franken weniger als 2 Prozent ausmachen. Es ist einfach auch schlicht falsch, das

gespart wird. Wir haben lediglich ein langsames Wachstum oder eine kleinere Erhöhung beschlossen, als der Regierungsrat vorgeschlagen hat. Wenn Sie sich nun darüber enervieren, zeugt das nicht unbedingt von Kompetenz, sondern eher von fehlendem Überblick.

Mit der Budgetverbesserung von 326 Millionen Franken erhält der Regierungsrat den klaren Auftrag, das Ausgabenwachstum nochmals kritisch zu prüfen und entsprechend umzusetzen. Das vorliegende Budget ist immer noch rot, der mittelfristige Ausgleich ist noch knapp im grünen Bereich. Die Aussichten sind aber bewölkt: Der Investitionsbedarf bleibt riesig, der Eigenfinanzierungsgrad zu tief, der Kanton wird sich zusätzlich verschulden müssen, will er alles realisieren. Wir sind klar der Meinung, dass wir hier nachbessern und eine stärkere Priorisierung vornehmen müssen.

Wenn nun die SP, Grünen und AL drohen, das Budget abzulehnen, verabschieden sie sich nicht nur komplett aus der Regierungsverantwortung, sie sind auch nicht mehr glaubwürdig gegenüber ihren eigenen Anträgen. Ohne Budget kann die Regierung nur mit einem Not-Budget agieren. Weder die von Ihnen geforderten und überwiesenen Budget-Anträge – und das sind doch immerhin rund zehn Millionen Franken – noch die Teuerung an die Mitarbeiter darf sie umsetzen. Bei Kindern würde man sagen, sie sind am «Täubälä». Deswegen von Lüge zu sprechen, ist eine Stilfrage, mit der sie sich selber qualifizieren.

Und ja, liebe SP, wenn Sie sich Sorgen machen über den Konsum und diesen mit Umverteilung noch ankurbeln wollen, dann haben Sie nicht erkannt, dass Sie damit genau das Gegenteil von dem erreichen, was sie wollen: Sie heizen die Teuerung an. Wir sind in einer Stagflation, und da bewirken sie mit mehr Konsum nur eine Steigerung der Teuerung. In einer Stagflation müssen Sie das Angebot erhöhen, sprich die Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gewerbe verbessern. In dem man die Bürokratie abbaut, Auflagen mindert oder Steuern senkt. Das ist die zweite Lektion in Wirtschaftskunde. Aber da konnten Sie vermutlich nicht teilnehmen, weil Sie irgendwo eine Sitzblockade priorisierten.

Liebe Grüne, wir haben zur Kenntnis genommen, dass Sie nicht wollen, dass die Leute glücklicher werden. Obwohl wir im letzten Jahr der Legislatur sind, haben wohl immer noch nicht alle die Aufgabenteilung zwischen Regierung und Kantonsrat verstanden: Der Kantonsrat beschliesst keine einzige Stelle und schafft auch keine ab. Diese Entscheidung liegt bei der Regierung. Der Kantonsrat entscheidet über das Budget, aber nicht über Stellen. Das geht übrigens auch an die Adresse der Journalisten, konnten wir doch bereits heute den Medien entnehmen, dass wir über Stellen entschieden hätten.

Zusammenfassend: Der Kanton Zürich leistet sich dank des in früheren Jahren soliden bürgerlichen Finanzkurses ein knapp rotes Budget. Der Kantonsrat hat etwas Kosmetik betrieben und das Budget leicht verbessert. Wir stimmen dem Budget zu und nehmen den KEF zur Kenntnis. Wir danken dem Finanzdirektor (*Regierungspräsident Ernst Stocker*) und seinem Team für die Vorlage und das überaus umsichtige Haushalten mit den Kantonsfinanzen. Ihnen allen entschleunigende Adventstage und einen wunderschönen Abend.

Sibylle Marti (SP, Zürich): Die diesjährige Budget-Debatte war kurz, und das ist auch schon das einzig Gute. Der Hauptgrund dafür, dass die Debatte so kurz ausfiel, ist der Pauschalkürzungsantrag von GLP, Mitte, FDP und SVP, der eine Mehrheit fand und dazu geführt hat, dass zahlreiche Detailanträge zurückgezogen wurden. Immerhin haben diese vier Parteien eingesehen, dass man nicht doppelt kürzen kann. Aber das ist auch schon alles.

Wir befinden uns in einer wirtschaftlich angespannten Situation. Viele Menschen in unserem Kanton leiden unter der Teuerung, der Explosion der Krankenkassenprämien und den steigenden Energiekosten. Und was machen GLP, Mitte, FDP und SVP? Statt diese Menschen zu unterstützen, kürzen sie das Budget um rund 337 Millionen Franken. 337 Millionen Franken weniger für einen guten Service Public; 337 Millionen Franken weniger für Menschen in diesem Kanton. Es ist dann schon äusserst zynisch, wenn der SVP-Sprecher in der Eintretensdebatte sagt, wir würden im Kanton Zürich dazu tendieren, «im Überfluss zu leben und uns jeden Wunsch zu erfüllen». Das ist blanker Hohn gegenüber Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen, die nun besonders unter den steigenden Lebenshaltungskosten leiden. Anstatt der drohenden Rezession mit mehr Investitionen und dem Erhalt der Kaufkraft entgegenzuwirken, würgt die bürgerliche Ratsseite Investitionen ab und vernichtet Kaufkraft. Das schadet auch dem lokalen Gewerbe. Aber auch dies nehmen die bürgerlichen Parteien mit ihrer Sparwut in Kauf.

Unser Antrag, den Kantonsanteil bei der Individuellen Prämienverbiligung auf 100 Prozent zu erhöhen, hätte genau dasjenige Drittel der Bevölkerung entlastet, das am meisten von der Inflation betroffen ist. Dass er keine Mehrheit gefunden hat, ist typisch für diesen bürgerlichen Rat, der lieber Steuergeschenke an Unternehmen und Reiche macht, statt diejenigen Menschen zu unterstützen, die in der Krise die grösste Last schultern. Dass auch die GLP unseren Antrag abgelehnt hat, zeigt, dass es in ihrer Filterblase keinen Platz hat für die realen Nöte der Menschen in diesem Kanton. Deshalb kürzt sie auch lieber 337 Millionen

Franken, statt das Budget der Regierung mitzutragen. Die GLP ist inhaltlich eine Mogelpackung. Unter dem Jahr gibt sie sich als Teil der Klima- und Fortschrittsallianz und lanciert zusammen mit SP, Grünen, EVP und AL zukunftsfähige Projekte in den Bereichen «Klima», «Energie» und «Vereinbarkeit von Beruf und Familie». Ende Jahr hilft sie dann aber wacker mit, das Budget wieder zusammenzustreichen. Chapeau, so viel politischer Slalom muss man erst einmal hinkriegen. GLP, Mitte, FDP und SVP schleichen sich aus der Verantwortung und betreiben politische Zechprellerei. Sie schieben den Ball der Regierung zu und sagen, diese solle selbst schauen, wo sie die 337 Millionen Franken einspare. Im Februar sind Kantonsratswahlen. Die Wählerinnen und Wähler im Kanton Zürich wollen wissen, wo die vier Parteien, die hier dem Sparteufel frönen, sparen wollen. Welche Leistung soll zurückgefahren werden? Welche Investition nicht getätigt? Soll in der Bildung, beim Klimaschutz oder beim Personal gespart werden? Beim ÖV, der familienergänzenden Kinderbetreuung oder den Ausbildungen für die dringend benötigten Pflegefachpersonen?

Immerhin hat unser Budget- und KEF-Antrag für eine raschere Bearbeitung der Stipendiengesuche eine Mehrheit gefunden. Hoffentlich setzt die Bildungsdirektorin (*Regierungsrätin Silvia Steiner*) diese Vorgaben nun um. Bisher bestand ihre Strategie ja bekanntlich darin, Personen, die auf Stipendien angewiesen sind, auf den Sankt-Nimmerleinstag zu vertrösten.

Die SP steht für eine umsichtige Finanzpolitik, die das Ziel hat, die Lebensumstände und Lebensverhältnisse der Menschen in diesem Kanton zu verbessern. GLP, Mitte, FDP und SVP stehen dagegen für finanzpolitische Doppelmoral. Zuerst jammern sie, man müsse unbedingt sparen, um ein ausgeglicheneres Budget zu erreichen, und stellen einen unnötigen Pauschalkürzungsantrag. Und gleichzeitig planen sie mit der Steuerfussenkung auf 97 Prozent und der Umsetzung der zweiten Etappe der SV17 (*Steuerreform 2017*) schon die nächsten Steuersenkungen und prellen den Staat um weitere Einnahmen. Das ist Sparen auf Vorrat, um den Staat und den Service Public abzubauen. Dazu sagt die SP entschieden nein! Aus diesem Grund lehnt die SP-Fraktion das Budget ab. Vielen Dank.

Beatrix Frey (FDP, Meilen): Meine erste Budget-Debatte vor mittlerweile zwölf Jahren habe ich mit einem Zitat von Maurice Stans (*US-amerikanischer Politik*) eröffnet: «Das Aufstellen eines Budgets ist die Kunst, Enttäuschungen gleichmäßig zu verteilen.» Beim diesjährigen Budget hat der Regierungsrat keine Enttäuschungen, sondern ziemlich

viele Goodies verteilt. Und auch die Budget-Anträge der FIKO sind aus unserer Sicht recht zahm ausgefallen. Den Regierungsrat einfach machen lassen – wie Markus Schaaf sich das wünscht –, das wollten wir dann aber doch nicht. Immerhin haben wir es dem Regierungsrat einfach gemacht mit einem Pauschalantrag, der aber zwei glasklare Forderungen enthält:

Erstens, der Teuerungsausgleich an das Staatspersonal ist nach unten zu korrigieren und an die Lohnentwicklung von Arbeitgebern mit Bedeutung für den Wirtschaftsraum Zürich anzupassen. Diese Forderung haben übrigens nicht wir erfunden; sie steht so in Paragraf 42 Absatz 2 der Personalverordnung, von dem sich die Linken und offensichtlich leider auch die Regierung nur den ersten Satz mit dem Ausgleichs-Stichtag merken können. Und die zweite Forderung: Der mutmassliche Wegfall der SNB- Gewinnausschüttung soll durch Einsparungen kompensiert werden.

Zum Teuerungsausgleich: Da sind wir doch erstaunt, wie flexibel die Regierung in ihrer Argumentation ist: 2,5 Prozent Teuerungsausgleich für Sozialhilfebeziehende sind genug, 2,6 Prozent Tarifierpassungen für Spitäler sind genug, bei der kalten Progression rechtfertigt die, Zitat, «Ausnahmesituation» keinen jährlichen Ausgleich für die Steuerzahlenden, nur bei den Staatsangestellten «dörf es bitzli meh si». Und das, obwohl die Teuerung in den letzten 15 Jahren um rund 3,3 Prozent überkompensiert wurde.

Ernst Stocker sagte, man habe beim Entscheid zum Teuerungsausgleich für die Staatsangestellten über den Tellerrand hinausgeschaut. Man müsse etwas für das Personal tun, um die Arbeitsplatz-Attraktivität in Zeiten des Fachkräftemangels hochzuhalten. Mit Verlaub, Herr Finanzdirektor, die Arbeitsplatz-Attraktivität steigert man nicht mit der Giesskanne, sondern mit gezielten Lohnmassnahmen, bei Stellen, die nicht konkurrenzfähig sind. Das ist heute bei wenigen Kaderfunktionen der Fall. Bei tiefen und mittleren Einkommen kann die Privatwirtschaft schon lange nicht mehr mit dem Lohn-Niveau des Staates mithalten.

Und in Bezug auf den Fachkräftemangel hätten wir uns nicht nur einen Blick über den Teller-, sondern den Tischrand hinaus gewünscht. Denn das mit Abstand wirksamste Mittel des Kantons im Kampf gegen den Fachkräftemangel wäre eine Deregulierung und der Abbau von Doppelspurigkeiten zwischen den verschiedenen Direktionen und Ämtern. Mit Prozess-Optimierungen und etwas gutem Willen liessen sich Hunderte von Mitarbeitenden freispielen, deren Talente in der Privatwirtschaft sicher besser genutzt werden könnten. Doch noch nicht einmal beim Thema «Digitalisierung» setzt man auf Agilität, sondern schafft

100 unbefristete Stellen für hoch spezialisierte Fachkräfte, die einen grossen Teil ihrer Arbeitszeit für das Bewirtschaften interner Schnittstellen brauchen werden.

Konstruktiv finden wir hingegen den Vorschlag der SP, von Hannah Pfalzgraf, die Fixkosten von Privatpersonen zu senken, um den Konsum anzukurbeln. Allerdings hätten wir da einen wesentlich einfacheren Vorschlag für die Umsetzung als eine Umverteilung von oben nach unten. Am effizientesten ist es nämlich, wenn der Staat den Menschen von Anfang an weniger Geld in Form von Steuern und Gebühren wegnimmt. Damit das auch in Zukunft möglich ist, wollen wir, dass der Regierungsrat bereits heute die nötigen Vorkehrungen trifft, um die mutmasslich wegfallenden SNB-Gewinnausschüttungen mit einem effizienteren Einsatz der Ressourcen zu kompensieren.

Wir stehen dazu, dass wir einen Pauschalantrag dafür ein taugliches Mittel finden. Der Regierungsrat weiss bei Einsparungen in dieser Grössenordnung am besten, wo der Hebel angesetzt werden kann. Beim Teuerungsausgleich hat der Regierungsrat zudem den Nachtragskredit selber in das ominöse Sammelkonto 4950 eingestellt. Selbstverständlich hätten wir uns auch verbindliche Sammel- und Einzelanträge in den Leistungsgruppen vorstellen können; wir haben sie im Übrigen auch vorbereitet. Der Vorwurf von Markus Bischoff, wir hätten die Arbeit verweigert, trifft deshalb ins Leere. Wenn du wüsstest, wie viel Energie es uns gekostet hat, die GLP auf den finanzpolitischen Pfad der Tugend zurückzulenken, (*Heiterkeit*) dann würdest du uns als «Champfende des Monats» nennen. Nun, der Aufwand hat sich gelohnt. Das Parlament hat seinen Willen klar zum Ausdruck gebracht. Wir erwarten, dass die Entscheide vom Regierungsrat umgesetzt und vom politischen Gegner respektiert werden. Und anders als die Linken und Grünen, die jetzt munter das Budget verschlechtert haben und Wertschätzung predigen, das Staatspersonal aber dennoch mit einem Not-Budget ins neue Jahr schicken wollen, werden wir dem Budget zustimmen. So viel zum Thema «Doppelmoral».

Und so gilt auch für meine letzte Budget-Debatte (*die Votantin tritt bei den kommenden Gesamterneuerungswahlen nicht mehr an*): Die Löwinnen und Löwen haben gebrüllt, die Karawane zieht weiter.

Benno Scherrer (GLP, Uster): Wir Grünliberalen haben in dieser Budget-Debatte hier im Rat wieder einmal keine Freunde gemacht. Aber das sind wir uns gewohnt.

Die sogenannte Wirtschafts-Allianz wirft uns das ganze Jahr vor, links zu sein, weil wir mit der Klima-Allianz sowohl über die Legislatur als

auch jetzt hier in der Budget-Debatte die konkreten «grünen» Anträge unterstützten. Und jetzt in der Budget-Debatte wurden wir wieder einmal zur Zielscheibe von Links-Grün; die Linke schießt auf uns aus allen Rohren. Immerhin, bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, einem Kernanliegen der Grünliberalen, konnten wir gewichtige Anträge auch mit breiter Mehrheit mit beiden Partnern durchbringen. Für uns Grünliberale zeigt das, dass wir unseren grün-liberalen Kurs halten und unsere eigenständige, unabhängige Position mit unserem Abstimmungsverhalten klar und unmissverständlich vertreten. Von Slalom kann hier keine Rede sein.

Für uns ist klar: Die Budget-Verbesserung war notwendig; sie ist ein klarer Auftrag an die Regierung. Einfach mit besseren Rechnungen rechnen, das ist mit Unsicherheit behaftet. Einfach mit höheren SNB-Ausschüttungen zu rechnen, das ist mit Unsicherheit behaftet. Also braucht es einen Sparauftrag, idealerweise wäre es unser 227-Millionen-Kompromiss gewesen. Was daran streng sein soll, Beatrix Frey, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber bei der Frage, ob wir das Budget einfach so, wie es vom bürgerlichen Regierungsrat vorgelegt wurde, durchwinken sollen, oder ob wir die schmerzhaften 336 Millionen Franken im Budget einstellen sollen, ist für uns die Antwort klar.

Und ja – ich wiederhole es – nicht gerne, aber weil es nötig ist: Die Regierung hat einen zu hohen Teuerungsausgleich zugesichert, der erst noch sowohl gegenüber den in der Privatwirtschaft Angestellten als auch gegenüber den Sozialhilfeempfängenden nicht als gerecht bezeichnet werden kann. Dieses Zeichen haben wir mit der Unterstützung des generellen Sparauftrags gesetzt.

Und der Sparauftrag soll auch ein klares Signal gegen das hohe Stellenwachstum von 2,7 Prozent sein. Es muss nicht jedes Prozent Bevölkerungswachstum im Gleichschritt mit dem Verwaltungswachstum ausgeglichen werden. Wozu gibt es Digitalisierung? Wo ist die Digitalisierung, die zu echten Vereinfachungen und Verschlankungen für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen führt? Ein grünliberales Budget muss der Regierung etwas abfordern; es ist genügend Geld vorhanden, das Budget-Wachstum der letzten Jahre ist und bleibt ungebremst. Isabel Garcia hat von Licht und Schatten gesprochen; jetzt, nach der Budget-Debatte, sehen wir etwas mehr Licht.

Mit unseren KEF-Erklärungen konnten wir die Finanzplanung zukunftsorientierter ausgestalten. In den Bereichen «Vereinbarkeit von Familie und Beruf» sowie «Ausbau erneuerbarer Energien» konnten wir Akzente setzen, grünliberale Akzente setzen. Familie und Beruf: Hier haben wir Anträge erfolgreich durchgebracht, mit einem Antrag,

der die höheren Steuererträge basierend auf der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf einrechnet und die Vorwegnahme von Auswirkungen des KJHG (*Kinder- und Jugendhilfegesetz*). Heute wurden zwei Millionen Franken für Familien, für Vorbereitungsarbeiten zugestimmt und zum KEF deutlich Ja gesagt. Das Zeichen ist klar, der Auftrag ist klar: Wir investieren in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die erfreuliche Entwicklung der Steuereinnahmen berücksichtigt das bereits, und auch die bereits geplante Senkung des Steuerfusses von 99 auf 97 Prozent für natürliche Personen sowie die zweite Etappe der Unternehmenssteuerreform. Die Steuereinnahmen zeigen dennoch deutlich nach oben.

Und zuletzt noch ein paar weitere Akzente, grünliberale Akzente, die wir in dieser Budget-Debatte setzen konnten: Wir konnten bei den Stipendien vorwärtskommen; Talent soll entscheiden und nicht das Portemonnaie. Dafür haben wir mehr Mittel gesprochen. Und die Budgetverschlechterung zur Verbesserung der Velo-Infrastruktur oder bei den Energiespar- und Energieeffizienzmassnahmen zeigt ebenfalls, wo und wie wir Prioritäten setzen. Genauso wie das Bekenntnis von uns Grünliberalen und diesem Rat für mehr erneuerbaren Strom und mehr erneuerbare Wärme.

Wir werden diesem Budget zustimmen. Wir haben unsere Ziele erreicht.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Herr Finanzdirektor, ich würde mit Ihnen gerne eine Wette abschliessen: Die Rechnung 2022 schliesst 0,8 Milliarden Franken besser ab als budgetiert. Die Rechnung 2021 hat sogar 1,7 Milliarden Franken besser abgeschlossen als budgetiert, auch in den Jahren zuvor war dies ganz ähnlich. Und der Finanzdirektor sagte uns jedes Mal bei der Rechnung: Meine Damen und Herren, wir vom Kanton Zürich, wir stehen gut da. Hinsichtlich der Finanzen stimmt das natürlich, aber klimapolitisch und ökologisch gesehen stimmt das gar nicht. Auch bei den Löhnen stehen wir nicht immer gut da; denken Sie an die Löhne des Pflegepersonals.

Ich gehe davon aus, dass auch diesmal Regierungspräsident Ernst Stocker Gebrauch von seiner Kunst des Schwarzmalens gemacht hat, um die rechte Ratsseite zum Gebrauch des Rotstifts zu bewegen. Ich denke, das ist ihm gelungen. Doch, das ist nicht der eigentliche Tiefpunkt dieser Debatte. Sondern der Tiefpunkt dieser Debatte waren für mich die bürgerlichen Argumente gegen den vollen Teuerungsausgleich und gegen die Einmalzulagen bei unserem Personal. Offenbar wollen Sie dem Kanton als Arbeitgeber verbieten, als Konkurrent auf

dem Arbeitsmarkt aufzutreten. Sie nehmen in Kauf, dass Stellen unbesetzt bleiben, und Sie werten dies sogar noch als gute Aussicht. Doch Sie sind ja dann die Ersten, die meckern, wenn eine Bewilligung zu lange dauert. Grundsätzlich sind wir Grünen sehr der Ansicht, dass Arbeit kein Gut wie ein Toaster oder eine Wassermelone ist. Aber wenn man schon von Arbeitsmarkt redet, dann kann man den Kanton nicht künstlich darin zurückbinden, um angebliche, ich zitiere, «Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden», wie das die Grünliberalen in der Hochglanzsprache eines Telekom-Anbieters hier formuliert haben. Mir kommt es vor, als würden sie in einem Verwaltungsrat sitzen, um mit ihren Entscheiden strategisch die Konkurrenz zu stärken. Wollen Sie also tatsächlich in Kauf nehmen, dass unsere Lehrerinnen und Lehrer an die Privatschulen abwandern, Stichwort Lehrpersonenmangel? Wollen Sie unsere intensiv ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten an die Sicherheitsfirmen verlieren?

Wo die restlichen 226 Millionen Franken überhaupt gestrichen werden können, steht im Bericht zum FIKO-Postulat KR-Nr. 255/2017. Die wenigen Leistungsgruppen, nämlich die mit Streichungspotenzial, in denen die Ausgaben nicht voll durch Gesetze gebunden sind, die Gruppen heissen Arzneimittel-Versorgung, psychiatrische Versorgung, Schulbauten, Hochbauamt, Liegenschaften im Verwaltungsvermögen. Der Sparauftrag kann sich also hauptsächlich bei Gesundheit und bei Gebäuden auswirken. Gerade bei den Gebäuden muss der Kanton jetzt energetische Sanierungen vornehmen und die Dekarbonisierung vorantreiben.

Wir haben einige Verbesserungen hingekriegt in diesem Budget: für die schnellere Stipendien-Abwicklung, für den Ausbau des Radwegnetzes, für die Begleitung des Tiefenlagers, für das Energiesparen und für den Abbau von Wanderhindernissen. Es ist aber einigen Fraktionen in diesem Rat offenbar nicht bewusst, welche teure Herausforderungen durch die Klimaerhitzung und den Biodiversitätsverlust in unserem Kanton auf uns zukommen, nicht nur bei den Gebäuden. Es braucht den Ausbau des Velo-Wegnetzes und die Verbesserung des ÖV als klimafreundliche Alternative zum Auto. Es braucht massive Investitionen in die ökologische Infrastruktur, um den fortschreitenden Biodiversitätsverlust zu stoppen. Wir müssen bei den erneuerbaren Energien deutlich ausbauen. Aber wir müssen auch unsere Wälder mit klimaresistenten Arten aufforsten. Wir müssen die landwirtschaftliche Bewässerung sichern. Wir müssen klimaresistente Nutzpflanzen heranzüchten und da forschen. Wir müssten in den Hochwasserschutz investieren. Es braucht Massnahmen, um die urbanen Zentren durch Windkorridore zu kühlen. Wir

sollten daher nicht einfach auf den künftigen Steuerfuss schießen, sondern in unsere ökologische Zukunft schauen und unsere Aufgaben mit einem solid aufgestellten Kanton vorbereiten.

Das vorliegende Budget mit einer massiven Kürzung durch Bürgerliche und GLP, dieses Budget entspricht diesen Anforderungen an eine ökologische und klimagerechte Zukunft nicht. Deshalb lehnen wir Grünen es ab.

Farid Zeroual (Die Mitte, Adliswil): Die Mitte verfolgt seit Jahren dasselbe Ziel: Einnahmen und Ausgaben müssen im Einklang stehen, damit unser Finanzhaushalt nachhaltig gesund bleibt. Es ist uns wichtig, dass der Kanton Zürich auf einem stabilen finanziellen Fundament steht, weil dies ein wichtiger Standortfaktor ist. Dies besonders in Zeiten von Krisen und angesichts bestehender Unwägbarkeiten. Daher stehen Budget-Disziplin und ein haushälterischer Umgang mit Steuergeldern immer auf der Tagesordnung.

Wir haben einmal mehr das Anlegen des Rotstifts – es wurde schon erwähnt – unterstützt. Nicht um zu sparen, sondern um das Ausgabenwachstum zu dämpfen. Dies aus zwei Gründen: Einerseits wurden die Entwicklung des Personalbestands und die Lohnmassnahmen in der Budget-Beratung kritisch gewürdigt und dabei im Vergleich zur tatsächlichen Teuerung sowie auch im Quervergleich mit Arbeitgebern von Bedeutung für den Wirtschaftsraum Zürich als zu hoch erachtet. Andererseits muss auf der Ertragsseite mit einem Rückgang der SNB-Gewinnausschüttungen gerechnet werden. Das Ausbleiben dieser schon fast gewohnheitsmässigen ausserordentlichen Erträge engt den finanziellen Spielraum im Kanton künftig ein. Der Finanzdirektor Ernst Stocker hat ursprünglich ein Budget vorgelegt, welches im September unter Berücksichtigung der damaligen Erkenntnisse Zustimmung verdient hätte. Inzwischen sind wir alle um mehrere Erkenntnisse reicher. Die Inflation in der Schweiz ist gegenüber den Sommermonaten wieder gesunken, die Teuerung ist auf 3 Prozent zurückgegangen. Die Ausschüttungsreserven der SNB sind durch die Korrekturen an den Finanzmärkten dahin. Das Ausbleiben der Gewinnausschüttung, bisher ein stets willkommener Ertrag, wird den finanziellen Spielraum im Kanton künftig zusätzlich einengen. Deshalb hat die Mitte-Fraktion den Budget-Entwurf mit den von der FIKO beantragten Verbesserungen begrüsst. Die Reduktion um 336 Millionen Franken hat lediglich einen dämpfenden Einfluss auf das Budget. Trotz dieses Kürzungsauftrages an den Regierungsrat steigen die Ausgaben des Kantons an. Vor allem

auch vor dem Hintergrund all der neuen Aufgaben, die in den vergangenen Stunden in diesem Rat bewilligt wurden.

Aber es gibt auch eine gute Nachricht zum angepassten Budget. Diese Botschaft geht an die linke Ratsseite und lautet: Dem Personal kann auch mit dem angepassten Budget einen Teuerungsausgleich gewährt werden. Das nun ein weiteres Mal eine Minderheit in der FIKO beschlossen hat, das Budget abzulehnen ist deshalb schwer verständlich. Wollen Sie tatsächlich die Verantwortung übernehmen und die Auszahlung des Teuerungsausgleiches verzögern? Hier sind wir alle gespannt auf Ihre Begründungen, falls das Budget zurückgewiesen wird. Nicht das angepasste Budget ist schädlich für den Kanton, sondern eine ideologisch begründete Ablehnung.

Nun ein letztes Wort zum angepassten Budget 2023: Die Zielsetzung eines ausgeglichenen Ergebnisses wird klar nicht erreicht. Es ist aber ein Budget, welches kurzfristig vertretbar ist. Und mit dem Blick auf den Finanzplan hilft es, mittelfristig finanziellen Spielraum für zukünftige Herausforderungen zu erhalten. Die Mitte-Fraktion stimmt dem Budget 2023 zu.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Bereits sind wir am Ende der diesjährigen Budget-Debatte. Ich muss euch ganz ehrlich gestehen, ich weiss eigentlich gar nicht so genau, was ich dazu sagen soll. Vor meinem inneren Auge sehe ich ein Bild eines ruhigen Bergsees, in den man einen Stein geworfen hat und sich dabei ein paar Kreise gebildet haben, der Stein ist versunken und der Bergsee sieht aus wie zuvor. Etwa genauso habe ich diese diesjährige Budget-Debatte erlebt.

Der pauschale Kürzungsantrag wurde eingebracht; er hat ein paar kleine Wellen geworfen. Jetzt ist alles wieder wie vorher. Die Budget-Debatte in diesem Jahr hat weder gross bewegt noch berührt. Unser erklärtes Ziel von der EVP war es, dass es keine konkreten Kürzungen beim Personal und bei den Sachkonten gibt. Dieses Ziel haben wir erreicht. Pauschale Kürzungen waren bisher für den Regierungsrat unverbindlich; sie bleiben es auch weiterhin. Wer dem Regierungsrat beziehungsweise wer dem Finanzdirektor zugehört hat, weiss es: Wer Ja sagt zum Budget, sagt Ja zu 3,5 Prozent Teuerungsausgleich für das Personal. Was soll man dazu noch sagen? Als EVP können wir mit diesem Ergebnis leben, auch wenn wir nach wie vor der Meinung sind, man könnte es einfacher machen. Aber wir alle oder die meisten von uns – hoffe ich doch –, werden nächstes Jahr dann wieder hier sein und haben dann die Chance, es einfacher zu machen – leider ohne dich, liebe Beatrix, ich vermisse dich jetzt schon.

Und zum Schluss: Auch, wenn wir am nächsten Montag trotz getätigter Budget-Debatte nochmals eine Ratssitzung abhalten müssen, dürfen, sollen, wollen, nutze ich jetzt schon die Gelegenheit, euch allen im Namen der EVP-Fraktion frohe Festtage zu wünschen. Wir wünschen euch allen, dass ihr zwischen Wahlkampf und Weihnachtsstress auch ein paar Momente der Besinnung und Erholung findet.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Erlauben Sie mir nach 16 Jahren hier in diesem Rat, nach der 16. Budget-Debatte, einen Blick von oben herab auf dieses Budget halten. Wenn ich diese Zahlen sehe, dann sehe ich 18,2 Milliarden Franken Ausgaben, die der Kanton hat, und wenn ich richtig zusammengezählt habe, sind das 6,6 Milliarden Franken für Bildung, Universität, Fachhochschulen et cetera, und 4,9 Milliarden Franken für Gesundheit, Spitäler, KSW (*Kantonsspital Winterthur*), Psychiatrie et cetera, also insgesamt 11,3 Milliarden Franken für Gesundheit oder Bildung oder 63 Prozent der Ausgaben. Ich muss sagen, ich bin stolz auf den Kanton Zürich, dass er so viel Geld für Gesundheit und Bildung ausgibt. Das sind zwei Werte, die mir naheliegen, auch der AL. Es ist wichtig, dass für diese Bereiche so viel Geld ausgegeben wird und nicht für Sicherheit, Strassenbau, Repression oder für irgendetwas Anderes. Ich weiss nicht, wie der Haushalt in den USA-Gliedstaaten ist, aber er ist sicher anders als hier. Das sollte man auch einmal positiv zur Kenntnis nehmen.

Jetzt kommen wir schon zum Kleinen, zum Blick auf das Kleine. Dabei erinnere ich mich an das Primarschulzeugnis. Da gab es drei Kategorien: Leistung, Fleiss und Betragen. Bezüglich der Leistung muss ich sagen, das Budget ist okay. Wir haben einige Anträge durchgebracht: Stipendien, Velo-Wege, beim ALN, dem Tiefenlager. Die Zahlen, die sind okay. Es gäbe von den Zahlen eigentlich keinen Grund, das Budget abzulehnen. Bezüglich des Fleisses muss ich sagen, die Verwaltung schafft gut, glaube ich. Es gibt nichts zu kritisieren. Jetzt kommen wir zum Betragen. Da muss ich FDP, SVP, der Mitte und der GLP ein Zero bei der Conduite geben. Das Betragen ist einfach eine Null. Das muss ich sagen. (*Heiterkeit*) Mit diesen Pauschal-Anträgen sagen Sie, die Regierung soll alles machen. Wir haben ja nicht so viele Steuerungsmöglichkeiten bei diesem Budget, das ist ja auch klar. Mit Globalbudgets können Sie nicht viel steuern und mit diesen Indikatoren schon gar nicht, und diese KEF-Erklärungen, das ist vergebene Liebesmühe. Das muss ich nach 16 Jahren auch sagen. Und was machen Sie? Sie schieben nochmals alles zum Regierungsrat und meinen damit, Sie hätten Ihre Arbeit gemacht. Dann sagt Frau Frey, Sie hätten da viel gearbeitet. Ja,

Sie haben vielleicht mit den Muskeln gearbeitet, aber nicht mit dem Hirn. (*Heiterkeit*) Das ist doch das Problem. Sie wissen doch genau, dass die Regierung mit Ihren Anträgen machen kann, was sie will, dass Sie damit gar nichts bewirkt haben. Und dass das nur für den Wahlkampf und die Presse ist, die noch glaubt, dass der Teuerungsausgleich jetzt heruntergefräst werde. Deshalb haben Sie das gemacht. Aber real haben Sie gar nichts bewirkt. Das ist natürlich ein Armutszeugnis. Ich meine, dass die SVP, FDP und die Mitte ihre Regierungsräte oder Regierungsrätinnen beim Budget hängen lassen, das kennen wir. Aber ganz speziell ist natürlich auch die GLP; die ist ja die intelligenteste Partei hier drin, zumindest, wenn man den Schulabschluss ihrer Mitglieder anschaut. Die sind ja meistens Universitäts- und ETH-Absolventinnen und -Absolventen. Die haben alle viel studiert, aber sie laufen auch blindlings dieser Geschichte nach und haben es auch nicht fertiggebracht, vernünftige Budget-Anträge zu machen. Sie sind jetzt in dieser Schwachstrom-Allianz da eingebunden, weil sie Angst haben, mit der Umwelt- und Klima-Allianz würden sie zu stark im Wahlkampf nach links rutschen. Das geht natürlich so nicht. Meine liebe GLP, Klima und Umwelt kosten Geld. Und wenn Sie die Herzen der Menschen erobern wollen, dann müssen Sie die Menschen auch lieben und Sie können dann nicht mit Kälte und mit pauschalen Anträgen reagieren.

Nun, summa summarum, es ist nicht ganz klar, weil, das Budget ist okay. Es wäre jetzt gelogen, wenn wir sagen würden, das ist alles jenseitig. Aber ein Zero an Conduite, das gibt immer die rote Karte. Deshalb sagen wir Nein zum Budget, weil das Verhalten der Mehrheit nicht toleriert werden kann.

Schlussabstimmung über die Vorlage 5856b

Der Kantonsrat beschliesst, mit 107 : 57 Stimmen (bei 1 Enthaltung) der Vorlage 5856b zuzustimmen.

II., III. IV., V. und VI.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Kenntnisnahme KEF 2023 – 2026

Ratspräsidentin Esther Guyer: Sie haben den Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2023 bis 2026 zur Kenntnis genommen. Von den ursprünglich 22 KEF-Erklärungen haben wir elf überwiesen, nämlich

die Nummern 5, 9, 11, 12, 15, 16, 17, 18, 20, 21, 22. Nicht überwiesen wurden elf KEF-Erklärungen. Die Finanzmotion KR-Nr. 451/2022 wurde überwiesen.

Das Geschäft ist erledigt.

3. Verschiedenes

Ordnungsantrag

Mathias Hauser (SVP, Hüntwangen) beantragt:

Die Kantonsratssitzung vom 19. Dezember ausfallen zu lassen.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Gerne stelle ich Ihnen im Namen der SVP den Antrag, die Kantonsratssitzung vom kommenden Montag, 19. Dezember, ausfallen zu lassen, da wir heute die Budget-Debatte zu Ende führen konnten.

Es befindet sich nach Budget und KEF (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*) kein Traktandum auf unserer Liste der Sitzungsvorschau, welches noch unbedingt vor Weihnachten vom Kantonsrat mündlich hier behandelt werden müsste. Wir haben noch nie – wir haben das wirklich ausgewertet – in den vergangenen 20 Jahren nach einer Budget-Debatte die Weihnachtsferien nicht eingeläutet. Dieses Jahr sind wir sehr zügig durch die Budget-Debatte gerast. Die FIKO (*Finanzkommission*) hat gute Arbeit geleistet. Wir alle waren speditiv. Wir haben es in vier statt wie üblich in sechs oder acht Sitzungen geschafft. Diesen Effizienzgewinn sollten wir nicht verspielen. Es wäre nicht in Ordnung und für kommende Jahre auch kein gutes Omen, diesen Zeitgewinn nicht zu belohnen und am kommenden Montag eine weitere Sitzung einzuschieben. Heuer ist Heiligabend an einem Samstag, Weihnachten am Sonntag. Es ist dieser Rat, der oft klagt, dass das Amt als Parlamentarierinnen und Parlamentarier unterbezahlt, streng, nicht unbedingt familienfreundlich sei. Am kommenden Montag hätten wir die Chance, ein Zeichen zu setzen und die Sitzung abzusagen; geniessen Sie die Weihnachtszeit mit etwas mehr Ruhe und Erhabenheit. Die Wenigsten von uns sind voraussichtlich noch wirklich effizient, wie sie es frisch im neuen Jahr wären. Daher sparen Sie mit der Sitzungsabsage wohl auch die rund 50'000 Franken, welche unsere Sitzung kostet. Sie

leisten damit einen Beitrag an die Jahresrechnung 2022 und an ihr weihnachtliches Gemüt; eine Win-Win-Situation. Ich bitte Sie, dem Antrag zu folgen. Herzlichen Dank.

Sibylle Marti (SP, Zürich): Ich bin ja schon sehr erstaunt über diesen Ordnungsantrag der SVP. Die Geschäftsleitung des Kantonsrats hat – ich habe extra nachgeschaut – am 17. November über dieses Thema diskutiert und sie hat entschieden, die Sitzung am 19. Dezember so oder so durchzuführen, egal, wann wir mit der Budget-Debatte fertig sind. Und jetzt kommt die SVP, diese SVP, die immer sagt, ja dieses Kantonsratsamt, dieses Amt, wenn man das dann hat, dann gibt es kein Pardon, dann muss dieses Amt erste Priorität haben; das sind wir den Wählerinnen und Wählern schuldig. Genau diese Partei kommt jetzt und will offenbar, Matthias Hauser, Glühwein trinken, Weihnachtsguetzli essen, Geschenke kaufen oder was auch immer. Du bist ja gestern schon zu mir gekommen und hast irgendetwas fantasiert von Vereinbarkeit von Beruf und Familie, und ich sei doch auch Mutter und blablabla. Also Entschuldigung: Mein Sohn muss am 19. Dezember am Morgen in den Kindergarten, die meisten Kinder und Jugendlichen müssen in die Schule oder in den Kindergarten. Die anderen Personen in diesem Kanton, die Allermeisten, sind am Arbeiten. Die Weihnachtsferien kommen dann später.

Und dann noch etwas Anderes, neben dieser grundsätzlichen Geschichte: Ihr habt ja auch noch eine dringliche Interpellation (*KR-Nr. 453/2022*) bestellt. Und die Ersten, die dann laut in den Wald rufen würden, wie schlimm das es wäre, wenn wir etwas nicht innerhalb der gesetzlichen Fristen hier behandeln würden, wenn es so dringlich ist: Das ist ja dann auch die SVP. Jetzt seid Ihr offenbar zu müde, zu faul, zu erschöpft und wollt nicht mehr arbeiten und betreibt hier Arbeitsverweigerung. Ich kann wirklich nicht verstehen, dass Ihr die Regierung und die Verwaltung arbeiten lässt und dann keine Zeit mehr haben wollt, um diese so dringenden Geschäfte zu beraten.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Für den ganzen Kanton Zürich beginnen die Weihnachtsferien wahrscheinlich am 23. Dezember, am Freitag. Aber für die SVP beginnen sie wahrscheinlich schon heute. Ich weiss nicht, warum Sie diese Arbeitsverweigerung hier betreiben wollen: Sie sind gewählte Kantonsrätinnen und Kantonsräte. Aber offenbar haben die Mitglieder der SVP bereits Weihnachten. Bei mir geht es noch einige Tage.

Es ist schon sehr seltsam, wir haben an erster Stelle am 19. Dezember eine dringliche Interpellation der SVP. In der wird nachgefragt, wie es um gewisse Dinge steht. Sie möchte gewisse Fragen kritisch behandelt haben. Jetzt ist Ihnen das auf einmal egal. Jetzt können Sie plötzlich bis im Januar warten. Ich frage mich, wie ernst es Ihnen wirklich ist mit diesem Anliegen. Ich frage mich aber auch, ob Sie vielleicht kalte Füsse bekommen haben bei diesem Anliegen, weil Sie gemerkt haben, dass gewisse Leute von der SVP vielleicht da auch noch ein paar Probleme haben. Also, ich würde Ihnen sehr empfehlen, verschieben Sie das Glühweintrinken noch um eine Woche. Sie können dann am nächsten Dienstag damit beginnen.

Abstimmung über den Ordnungsantrag

Der Kantonsrat lehnt den Ordnungsantrag mit 98 : 65 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab. Die Sitzung vom 19. Dezember findet statt.

Neu eingereichte Vorstösse

- **Medienqualität fördern – Medienausbildungszentrum MAZ unterstützen**
Motion *Judith Anna Stofer (AL, Zürich), Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon), Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil), Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster)*
- **Einmalige Unterstützung des SAZ**
Dringliches Postulat *Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis), Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Tobias Langenegger (SP, Zürich), Manuel Sahli (AL, Winterthur)*
- **Kantonspolizei Oberrieden, Seepolizei, Gesamtinstandsetzung (13043)**
Dringliches Postulat *Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg), Stephan Weber (FDP, Wetzikon), Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen), Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), Jonas Erni (SP, Wädenswil)*
- **Reduktion der Tarifzonen im Weinland auf 3 Zonen und Einführung eines «Weinlandtickets»**
Postulat *Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen), Paul Meyer (SVP, Martthalen), Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim)*
- **Zürich Tatort Menschenhandel**
Anfrage *Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch), Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht)*
- **Befreiung der Baubewilligungsfristen / Start-up-Unternehmen**
Anfrage *Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch)*

Schluss der Sitzung: 20.45 Uhr

Zürich, den 13. Dezember 2022

Die Protokollführerin:
Daniela-Graziella Jauch

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am
9. Januar 2023.